

Vorwärts

Redaktion und Verlag:
Berlin SW 68, Lindenstr. 8
Verantwortl. Red. Amt Döberl 202 bis 207
Telegraphenamt: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER VOLKSBLATT

In Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts..... 15 Pf.
Bezugsbedingungen und Anzeigerpreise
siehe am Schluß bei reaktionären Texten

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Sonntag, 14^{1/2} Uhr, Lustgarten: Berlin bleibt rot!

Militärische Lage Ein Nachwort zum 22. Januar

In der berühmten Abschiedsnummer der „Neuen Rheinischen Zeitung“ vom 19. März 1849 liest man folgenden Ausruf der Redaktion:

An die Arbeiter Kölns.

Wir warnen Euch schließlich vor jedem Ausschlag in Köln. Nach der militärischen Lage Kölns müsst Ihr rettungslos verloten. Ihr habt in Ederfeld gesehen, wie die Bourgeoisie die Arbeiter ins Feuer schickt und sie hinterher aufs Niederträchtigste verrät. Der Belagerungszustand in Köln würde die ganze Rheinprovinz demokratisieren und der Belagerungszustand wäre die notwendige Folge jeder Erhebung von Eurer Seite in diesem Augenblick. Die Preußen werden an Eurer Ruhe verzweifeln.

Die Redakteure der Neuen Rheinischen Zeitung danken Euch beim Abschied für die ihnen bewiesene Theilnahme. Ihr letztes Wort wird überall und immer sein: Emanzipation der arbeitenden Klasse.

Die Redaktion der Neuen Rheinischen Zeitung.

Die Redaktion der „Neuen Rheinischen Zeitung“ war damals — Karl Marx. Marx hat sich nicht gescheut, die Niederlage einzugehen, die Ueberlegenheit der physischen Kraft auf der anderen Seite anzuerkennen.

Dies scheint uns richtiger und würdiger als der Versuch der „Roten Fahne“, den 22. Januar als einen Siegestag des Kommunismus hinzustellen.

Der „Vorwärts“ hat es trotz aller Gegnerschaft als richtig anerkannt, daß sich die SPD nicht stellte, daß sie die Herausforderung nicht annahm, daß sie sich auf eine aussichtslose Kraftprobe nicht einließ. Er hält es aber für grundsätzlichen Arbeitern die Wahrheit zu verschweigen, die Wahrheit, daß die Polizei gestern den Razaufmarsch auf dem Bülowplatz durchgeführt hat, daß die Berliner Arbeiterschaft mit zähneknirschender Mut diese Provokation über sich ergehen lassen mußte, und daß infolge dieser gelungenen Kraftprobe der Uebermut der Reaktion ins Grenzenlose gewachsen ist.

Mit welcher Brutalität die augenblicklichen Machthaber diese „militärische Lage“ ausnützen, ergibt sich aus dem Bericht der „Roten Fahne“ selbst, wo er auf die Befestigung des Karl-Liebknecht-Hauses zu sprechen kommt. Da heißt es:

Inzwischen besetzte ein Polizeikommando das Karl-Liebknecht-Haus. Vom Keller bis zum Boden wurde jede Ecke abgesucht. Die Hauswache und ein Redakteur der „Roten Fahne“ mußten das Gebäude verlassen. Nur zwei Abgeordnete der SPD und vier Angestellte durften nach energischem

Staatsstreich-Pläne

Reichstagsauflösung ohne Neuwahlen

Der Sozialdemokratische PresseDienst schreibt:

Am Montag fand zwischen dem Zentrumsabgeordneten Dr. Bell und dem Vorsitzenden der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion Dr. Fricke eine Besprechung über die politische Lage statt. Die Unterredung, in der insbesondere die Frage der Bildung einer parlamentarischen Regierung erörtert wurde, ist ergebnislos verlaufen. Auch die Besprechungen, die in den letzten Tagen zwischen Nationalsozialisten und den „Jelken Leuten“ am Hugenberg stattfanden, haben bisher hinsichtlich der Wiederbelebung der harzburger Front ein greifbares Ergebnis nicht gehabt.

Innerhalb der Reichsregierung ist man unterdessen eifrig dabei, die Möglichkeiten der Proklamation eines Notstandsrechts des Staates zu prüfen und vor allem zu untersuchen, wie eine derartige Proklamation mit verfassungsrechtlichen Argumenten untermauert werden kann. Die Unterredung, die am Montag zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler „über die politische Lage“ stattfand, läßt den Schluß zu, daß die deutschnationalen Barone sich grundsätzlich bereits entschlossen haben, das „Staatsnotstandsrecht“ zu proklamieren und den Reichstag ohne Ausschreibung von Neuwahlen aufzulösen.

Die Frage ist nur, ob dieser Entschluß nur für den Fall eines Konfliktes mit dem Reichstag oder auch dann durchgeführt werden soll, wenn die Nationalsozialisten versuchen sollten, einer Abspaltung der innenpolitischen Lage durch weitere Vertagungen des Reichstags aus dem Wege zu gehen. Die Deutschnationalen erstreben die Proklamation des „Staatsnotstandsrechts“ unter allen Umständen. Sie erstreben die Ausschaltung jeder parlamentarischen Kontrolle, um an ihre Stelle die deutschnationale Kontrolle einer deutschnationalen Regierung zu setzen. So wäre dem deutschnationalen Elitenwesen, wie wir es jetzt bereits seit Monaten in Preußen unter dem Protektorat Hindenburgs erleben, auch im Reich Tür und Tor geöffnet. Zahlreiche Un-

zwecke sprechen dafür, daß Schleicher allen Ernstes im Begriff steht, den deutschnationalen Gelüsten zu folgen und zu entsprechen.

Die Proklamation eines „Staatsnotstandsrechts“ hat in der Verfassung keine Grundlage. Sie ist verfassungswidrig. Wer dennoch seine Hand dazu gibt, treibt Verfassungsbruch. Wie ein derartiges Spiel beginnt, mögen seine Urheber vielleicht wissen, aber nicht wie es enden kann.

Reaktionärer Uebermut

Der Uebermut der Reaktion ist nach dem 22. Januar ins Grenzenlose gestiegen. Weiß die Polizei die nationalsozialistische Provokation gelächelt hat, sieht sie sich schon am Ziel aller Wünsche!

Der „Angriff“ schreibt:
„Der gestrige Tag hat es bewiesen: Berlin gehört uns! Er hat aber auch gezeigt, daß

„Berlin gehört uns“

Der „Angriff“ vom Montag



„Der SA-Mann beherrschte die Straße . . .“

Protest blieben. Der Redakteur der „Roten Fahne“ wird mit in den Rücken gehaltener Revolvermündung rausgeschleudert.

Wie die Hunde wurden die Kommunisten aus ihrem eigenen Hause hinausgejagt! Mit welchem Recht? Mit dem Recht der „militärischen Lage“.

Es hat keinen Zweck, den Kopf in den Sand zu stecken. Es hat auch keinen Zweck, den Lesern der kommunistischen Presse den Besuch Torglers und Raspers bei

Schleicher zu verschweigen, nachdem man in einer Konferenz mit bürgerlichen Pressevertretern lang und breit von diesem Besuch erzählt hat. Es hat überhaupt keinen Zweck, die Wahrheit zu verschweigen. Und es ist auch alles andere als „marxistisch“, die Wahrheit zu verschweigen.

Die Wahrheit ist, daß scheinrevolutionäre Kraftphrasen gegenüber realen Machtverhältnissen nichts sind, und daß diese realen Machtverhältnisse nur durch die Einigkeit

der Arbeiterklasse und durch eine vernünftige Arbeiterpolitik verändert werden können.

Der Einigkeit der Arbeiterklasse soll die große Kundgebung dienen, die die Sozialdemokratische Partei am nächsten Sonntag im Lustgarten veranstaltet. Diese Woche aber soll der Vorbereitung, der Propaganda dienen! Troy 22. Januar, Melcher-Polizei und Hitler-Garden:

Berlin bleibt rot!

Kriegsopfertribute an die Großagrarien

Die Aermsten müssen unter dem „Sicherungsverfahren“ leiden

Wur der Nationalsozialismus die Kraft aufbringt, dem Bolschewismus machtvoll entgegenzutreten, und daß daher einzig und allein eine nationalsozialistisch geführte Regierung in der Lage ist, dem Moskowitertum ein rasches Ende zu machen. Daß dabei dieses Aufräumen keineswegs den Bürgerkrieg bedeuten würde, wie die Judenpresse dem deutschen Spiegel glauben machen will, das ist vielleicht die eindrucksvollste Lehre dieses Tages.

Die „M.Z.“ fordert den Reichskanzler auf, den „gordischen Knoten zu zerhauen“ und offen den Staatsstreik zu wagen:

„Kann daher mit dem Reichstag nicht regiert werden, dann muß es eine Zeitlang ohne Reichstag gehen. Hier entsteht für Hindenburg, diesen gewissenhaften und unerfütterlichen Schwächling der Nation, die schwerwiegende Entscheidungstrage, im Sinne seines Verfassungseides, den er vor Gott und den Menschen halten will und wird, doch einen Ausweg aus der Sackgasse zu finden. Es ist die Pflicht des Reichskanzlers und der Reichsregierung, die geeigneten Mittel zur Überwindung dieses Gewissenkonflikts vorzuschlagen und sich dafür vor dem Volk einzusetzen. Die zeitweilige Aufhebung bestimmter Teile der Reichsverfassung ist in ihr selbst vorgehoben. Der General-Reichskanzler muß handeln und seine Haut für Hindenburg zu Markte tragen.“

Die „Deutsche Zeitung“ schreibt laut nach dem Verbot der kommunistischen Partei und darüber hinaus der Sozialdemokratie:

„Nichtsdestoweniger muß aber nach wie vor gefordert werden, daß mit dem Treiben der kommunistischen Woddbuben und ihrer „republikanischen“ Helfershelfer endlich Schluss gemacht wird. Wir verlangen, daß die Reichsregierung sich endlich zu einem Verbot der kommunistischen Partei Deutschlands (KPD.) und zu der Ungültigkeitserklärung der kommunistischen Parlamentsmandate im Reich und in den Ländern entschließt.“

Der Verfasser des Aufsatzes irrt daher, wenn er annimmt, daß ein Verbot der KPD. einen Rechtskurs der Sozialdemokratie zur Folge haben würde. Das Gegenteil ist richtig. Der Zustrom kommunistischer Elemente zur Sozialdemokratie würde bei dieser eine entschiedene Radikalisierung herbeiführen. Aber diese Erscheinung wäre nur zu begrüßen.

Sie würde einer starken Regierung die Möglichkeit geben, dem Verbot der kommunistischen Partei ein solches der sozialdemokratischen folgen zu lassen.“

Sinn und Zweck der Provokation wird durch dies Beheul der reaktionären Presse noch einmal ins rechte Licht gestellt! Arbeiter, seid einig!

Noch ein Baron!

Landrat z. D.
von Bismarck Staatssekretär

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, ist der Landrat J. E. K. Herbert von Bismarck durch Beschluß der Kommissare des Reichs in Preußen mit Wirkung vom 1. Februar 1933 zum Staatssekretär im preussischen Ministerium des Innern ernannt worden.

Kannmehr haben die Preußenkommissare auch den letzten wichtigen Posten in der preussischen Verwaltung, der seit dem 20. Juli, an dem der bisherige Staatssekretär Dr. Wegg von ihnen entfernt worden war, unbesetzt geblieben war — in der Harzburger Sonnenblüte 1932 war er einem Nazi vorbehalten worden — mit einem von ihnen Beuten befehlt. Der Leutnant z. D. von Bismarck sollte nicht nur als Baron in den Kreis der feudalen Herren und Schlichter, sondern er hat auch seine besondere Befähigung für das Staatssekretariat des wichtigsten preussischen Ministeriums dadurch erbracht, daß er als Landrat gegen die rechtswidrige preussische Staatsregierung hegte und von Sepering zur Disposition gestellt werden mußte. Da Herr Bracht als „Nachmann“ gleichzeitig Reichsinnenminister, preussischer Ministerpräsident und preussischer Innenminister kommissarisch ist und nicht sein kann, wird der neue Staatssekretär tatsächlich Chef der preussischen Polizei, der Kommunalauflicht und der Personalien.

Auch diese Ernennung muß im Zusammenhang mit den Nachrichten über Staatsstreikpläne gewertet werden!

Das Gerücht vom Attentat in Tschangtun, wodurch der manchurische Ministerpräsident getötet und der japanische Botschafter schwer verletzt worden sein sollten, werden vom Reuters-Büro als „offensichtlich unbegründet“ bezeichnet.

Gregor Straßer und Adolf Hitler sollen heute in München eine eingehende Aussprache haben.

Der greise Pfarrer Johann Hod, in der Revolution Präsident des ungarischen Nationalrates, ist — nach 14jähriger Emigration heimgekehrt — wegen „Schmähung der Nation“ zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, aber wegen Alters freigelassen worden. Der Vierundfünfzigjährige hat sich in das Lazaristenkloster begeben, wo er eine Mönchszelle bewohnt.

Die ungarisch-italienisch-österreichische Waffenlieferung von Hirtenberg soll auf Betreiben der italienischen Entente und Frankreichs vor dem Völkerbundrat gebracht werden.

Der Osthilfe-Skandal hat nicht zuletzt auch unter den Kriegsopfern helle Empörung ausgelöst. Während ihre Renten in den vergangenen Jahren immer aufs neue herabgesetzt worden sind, hat man an den Großgrundbesitz viele Hunderte von Millionen verschwendet. Durch die Osthilfe werden nicht wenige der Kriegsopfer auch direkt geschädigt. Von den vielen Fällen, die darüber dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten unterbreitet worden sind, seien hier zwei herausgehoben. Ein in Allenstein wohnender Kriegsbeschädigter, der seit drei Jahren arbeitslos ist und eine Militärrente von monatlich 68,15 M. bezieht, hatte einem Landwirt in Gr. Kronau in früheren Jahren 320 M. geliehen. Obwohl ein vollstreckbarer Schuldtitel vorliegt, kann die Forderung nicht beigetrieben werden, weil der Schuldner im Sicherungsverfahren der Osthilfe steht. Der Kriegsbeschädigte lebt in drückendster Not, aber eine Unterstützung wurde ihm nicht gewährt, weil keine Mittel dafür vorhanden seien!

Ein anderer Kriegsbeschädigter, gleichfalls in Allenstein, hat an einen Landwirt in Alt-Wartenburg aus früherer Zeit eine Forderung von 600 M. Auch hier ist das Geld nicht einzutreiben, weil sich der Gläubiger im Sicherungsverfahren befindet. Der Kriegsbeschädigte bezieht für sich und seine Familie eine monatliche Rente von 95,70 M., er ist nicht in der Lage, seinen Kindern warme Kleidung anzuschaffen, wogegen man bei seinem Schuldner von schlechten Verhältnissen nicht viel merkt. Auch diese Fälle zeigen, wie notwendig es ist, den Korruptionsumpf auszutrocknen, der sich aus der Osthilfe entwickelt hat.

Für die Siedlung!

Osthilferegierung hat nichts für Landarbeiter übrig

Der Siedlungsausschuß des Reichstags beschäftigte sich in seiner Montagssitzung mit einem sozialdemokratischen Antrag zugunsten der Eigenheimbesitzer der Land- und Forstarbeiter. In diesem Antrag wird gefordert:

1. Die Rückzahlung der Darlehensraten aus der werteschaffenden Arbeitslojenfürsorge zur Errichtung von Land- und Forstarbeiterheimen auf 50 Jahre zu vertellen;
2. die Hälfte der am 15. November 1932 fälligen Rückzahlungsraten zu erlassen;
3. die bis zum 15. November 1932 rückständigen Raten oder Teile derselben bis zum Ablauf der Rückzahlungsraten zu stunden.

Ein Vertreter der Reichsregierung machte erhebliche Bedenken dagegen geltend und schlug eine Regelung vor, die sich zunächst auf 2 Jahre erstreckt.

Gerade die Landarbeiter hätten in einem erheblichen Maße ihre Verpflichtungen erfüllt. 71 Proz. haben ihre Raten vollständig bezahlt. (Im Gegensatz zu den Großagrariern, die sich um ihre Verpflichtungen herumgedrückt haben. Red.)

Wenn man dem sozialdemokratischen Antrag folge, hätte das gefährliche Folgen. Auch die Vertreter des Zentrums und der Deutschnationalen wandten sich dagegen.

Die sozialdemokratischen Mitglieder, u. a. die Genossen Varßen, Schmidt-Röpenick, Wolmann, setzten sich demgegenüber mit Nachdruck für den Antrag ein. Sie wiesen darauf hin,

daß sich die Regierung die Konsequenzen hätte überlegen müssen, als sie der Großlandwirtschaft Millionen über Millionen in den Hals geworfen habe. Wenn man den Großen gegenüber seine Taten etwas mehr zudöpfe, wäre auch für die Kleinen noch etwas übrig.

Von sozialdemokratischer Seite wurde angeregt, daß den Landarbeiterheimen zusätzliches Land bis zur Größe von 12 bis 15 Morgen zugewiesen werde, damit sie, wenn sie keine Arbeit finden können, leichter über die Krise hinwegkommen. Von Regierungsseite wurde dieser Anregung grundsätzlich zugestimmt.

Erhebliches Aufsehen erregte in der Debatte eine Aeußerung des nationalsozialistischen Abg. Hildebrandt-Mecklenburg, daß,

wenn das Sicherungsverfahren aus der Osthilfe noch lange andauert, die reinen Agrarländer, wie z. B. Mecklenburg, bankrott würden. Der ganze gewerbliche Mittelstand sei infolge dieses Sicherungsverfahrens nicht mehr in der Lage, seinen steuerlichen und anderen Verpflichtungen nachzukommen.

Der unter Naziführung stehende Landbund, dem diese Ausführungen sicher sehr unangenehm sein werden, wird sich aber kaum darum kümmern, sondern noch wie vor sein großagrarisches Geheiß erheben!

In der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag mit allen Stimmen gegen die des Zentrums und der Deutschnationalen angenommen.

Der Ausschuß nahm ferner die beiden Subanträge des Abg. Behrens (Christ.) zu dem sozialdemokratischen Antrag an, die fordern, daß erstens den Land- und Forstarbeitern, die mit der Rückzahlung der Darlehensraten aus der

werteschaffenden Arbeitslojenfürsorge zur Errichtung von Landarbeiterheimen während der Arbeitslosigkeit in Bezug kommen, die Verzugszinsen in Höhe von 2 Proz. über Reichsbankzinsen zu erlassen“; und zweitens, „daß in den Grundbüchern der mit Hilfe von Darlehen aus der werteschaffenden Arbeitslojenfürsorge erbauten Landarbeiterheimen die Eintragung betreffend die Arbeitsverpflichtung in der Landwirtschaft, gelöscht wird“.

Der Ausschuß beschloß ferner einstimmig zwei Beschlüsse, die fordern, „sowie geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um Landarbeiterheimen in Anliegersiedlungen mit voller Nahrungsmittelversorgung umzuwandeln“, ferner „alle Zwangsmassnahmen und Zwangsversteigerungen bei den Siedlern und Land- und Forstarbeiterheimbesitzern zu unter-

lassen, so lange der allgemeine Vollstreckungsschutz für die Landwirtschaft in Geltung ist“.

Freche Naziprovokation

Zu Beginn der Sitzung kam es infolge nationalsozialistischer Provokation zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen Sozialdemokraten und Nazis. Den Nazis war ein Bericht über die letzte Ausschussung in der sozialdemokratischen Presse sehr unangenehm, in dem festgenagelt worden war, daß die Nazis einfach einen sozialdemokratischen Antrag durch ihre Unterschrift mit zu dem ihren machen wollten. Der Naziabg. Mattheisen drohte, wenn noch einmal solche Berichte erschienen, mit drastischen Mitteln vorzugehen. Die sozialdemokratischen Vertreter wiesen durch den Genossen Ebert diese dummdreisten Drohungen energisch zurück.

Der polnische Korridor

Das Verhältnis Polen—Deutschland

Das Hauptbüro hatte dem Reichsaußenminister von Neurath Aeußerungen zugeschrieben, daß die Reichsregierung zur Zeit nicht daran denke, die Initiative zu einem Antrag auf Revision der deutschen Ostgrenzen zu ergreifen; würde Deutschland in Genf aufgefordert werden, seine Grenze mit Polen nochmals anzuerkennen, so würde Deutschland das nicht tun, sondern daran erinnern, daß Deutschland ihre Revision zu erreichen wünsche.

Von Berlin ist offiziell dazu erklärt worden, der Reichsaußenminister habe diese Erklärung nicht abgegeben. Sie entspricht jedoch dem Standpunkt der Reichsregierung.

Als die europäischen Großmächte die diplomatische Anerkennung der militärischen Gleichberechtigung Deutschlands ausgesprochen hatten, entstand in Polen eine große Erregung, die freilich eine sehr militärische Denkweise anzeigte. Man äußerte nämlich in Polen die Sorge, Deutschland werde nun aufrüsten und den Korridor von der Landkarte streichen. Französische Hinweise auf das französisch-polnische Militärbündnis beruhigte die Aufgeregten und ließ sie wieder mehr auf die eigene Verteidigungskraft vertrauen. Zumal der polnisch-russische Nichtangriffspakt erlaube, diese Kraft überwiegend nach Westen einzusetzen.

Einer vernünftigen deutschen Reichsregierung darf man den Versuch zur gewaltsamen Befestigung des Korridors oder zu sonstigen Grenzänder-

ungen nicht zumuten; aber es gibt ebensowenig irgendeine deutsche Reichsregierung, die die Ostgrenze als vernünftig anerkennen würde. Man hat in Versailles große deutsche und slawische Minderheiten dem Polenstaat einverleibt, man hat die Grenze ganz und bekümmert um wirtschaftliche Zusammenhänge gezogen, man hat zwischen eine der größten, wichtigsten, mit dem übrigen Staat in der Volksseele besonders eng verbundene Provinz Preußens und dem übrigen Preußen einen breiten Korridor gelegt. So geht polnisches Staatsgebiet durch deutsches, was als Dauerfaktor des Nationalhaßes wirken muß und vielleicht auch dazu geschaffen wurde.

Weit über das offizielle Polen hinaus kann man drüber hören, daß man auf den Korridor nicht verzichten werde. Erfahrungsschläge, wie Internationalisierung der Weichsel und Verbesserung ihrer Schiffbarkeit haben einstweilen stärkeren Widerhall nicht gefunden. Das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen ist, bei aller äußeren Korrektheit, doch ungefähr so gespannt wie zwischen Italien und Südslawien! Eine Lösung dieser völkervergiftenden Frage ist kaum anderswo zu finden als in jenem Zukunftsprojekt, das vor wenigen Jahren der seither verschlossene, bereite Mund Kristide Briands diesem schwerleidenden Kontinent gepredigt hat, von dem es aber in der nun glorreich herrschenden Ära der Autarkie totentstülpt geworden ist: in den Vereinigten Staaten von Europa!

Besatzungstruppe

Sie sind, wie weiland die Franzosen Poincarés ins Ruhrgebiet, Zum Bülowplatze vorgestoßen. Es war kein großer Unterschied.

Es haben Schupokarabiner, Als gings zu einer großen Schlacht, Durch die Begeisterung der Berliner Den Aufmarsch ihnen freigemacht.

Rings eskortiert von Gummiknuppeln, Hat sich der braune Zug bewegt. Wenn sie durch bess're Viertel tippeln, Sind sie nicht halb so aufgeregt.

Als ging ein Fronvogt durch die Menge, War kalter Haß um sie gespannt. Es war, als ob der Ruf erklänge: Der Feind im Land! Der Feind im Land!

Hans Bauer.

Nazitrac in Franken

Der erste Appell des Freikorps Stegmann — Nur ein Fünftel der SA. bleibt bei Hitler

Eigener Bericht des „Vortwärts“

München, 23. Januar.

Zur Wiederherstellung von „Justiz und Ordnung“ in der fränkischen Nazibewegung hat Hitler den Reichstagsabgeordneten Hofmann, der schon vor zehn Jahren als Kommandeur der Reichswehr in Ingolstadt die ihm unterstellte Truppe hakenkreuzlerisch verfeucht und beim Novemberputsch 1923 eine mehr als zweideutige Rolle spielte, zum außerordentlichen Kommissar von Mittelfranken mit besonderen Vollmachten bestellt. Hofmann begann seine Tätigkeit damit, daß er fünf Standartenführer der fränkischen SA. aus der Partei hinauswarf.

Der Rebell Stegmann hat am Sonntag in Nürnberg den ersten Appell des sogenannten „Freikorps Franken“ abgehalten. Es beteiligten sich daran rund 1000 SA.-Leute, von denen

zwei Drittel aus Nürnberg stammten. Das bedeutet, daß nur ein Fünftel der Nürnberger braunen Soldateska Hitler treugeblieben ist. Auf Grund von Mitteilungen aus dem ganzen Reich rechnet Stegmann damit, daß nach dem fränkischen Vorbild schon in aller nächster Zeit weitere „Freikorps“ in allen Gebieten Deutschlands gebildet werden.

Zusammenstöße in Chemnitz

Eigener Bericht des „Vortwärts“

Chemnitz, 23. Januar.

In Chemnitz und Umgebung kam es in den letzten Tagen wiederholt zu blutigen Zusammenstößen. Die reiflos von SA.-Leuten provoziert worden waren. In allen Fällen gab es zahlreiche Schwere- und Leichtverletzte. Unter den Schwerverletzten befinden sich Reichsbeamte, Kommunisten und Nationalsozialisten.

Versammlungsverbot in Köln

Köln, 23. Januar.

Der Regierungspräsident von Köln hat auf Grund des Artikels 123 Abs. 2 der Reichsverfassung alle Versammlungen unter freiem Himmel für das Gebiet der Stadt Köln und des Landkreises Köln bis auf weiteres verboten.

Im Königsforst bei Köln gerieten Kommunisten, die vom Eislauf kamen, mit einer Gruppe Nazis zusammen, von denen sich einer der Schußwaffe bediente. Eine Kugel drang einem Kommunisten durch beide Oberschenkel.

Die Bereitschaft Amerikas zu neuen Schuldverhandlungen mit England ist am Montag in London offiziell mitgeteilt worden. Roosevelt selbst will die Verhandlungen in die Hand nehmen.

Benizelos soll die plötzliche Auflösung der Kammer und Neuwahlen betreiben und den Staatspräsidenten Jaimis dafür gewonnen haben. Die Opposition nennt dieses Vorgehen einen Staatsstreik und verlangt, daß Jaimis vor den Staatsgerichtshof gestellt werde.

Polizeibeamte — und nicht Rekruten!

Bekenntnis des Polizeiverbandstages zur Republik

Schon die Begrüßungsansprachen auf der Tagung des Verbandes preussischer Polizeibeamten hatten die tiefe Erregung wiederge spiegelt, von der die Polizeibeamtenschaft durch die Experimente neu-preussischer Staatsführung ergriffen worden ist. Der Abwehrwille gegen alle Kräfte, die den Polizeibeamten zum Rekruten herabwürdigenden, kam besonders wirkungsvoll durch den minutenlangen Weisfallsturm zum Ausdruck, der den Worten des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Simon folgte. Genosse Simon hatte sich leidenschaftlich für die staatsbürgerlichen Rechte der Polizeibeamten eingesetzt und gefordert, daß die preussische Polizei weiter ein

ein neues Bekenntnis zur Verfassung von Weimar ab, die den Arbeiter in den Staat eingeordnet und die Einheit des Reichs gerettet habe. In der Regierungszelt der Weimarer Koalition wurde in Preußen das gewaltige Werk der Neugestaltung der Polizei und der Polizeigesetzgebung geschaffen, was angesichts des Druckes der früheren „Feindmächte“ nicht ganz einfach war.

Das Werk wurde geschaffen in inniger Zusammenarbeit zwischen Berufsverband, Parlament und Regierung.

Der Redner wandte sich scharf gegen die Absichten das Wahl- und Koalitionsrecht der Polizeibeamten einzuschränken.

Die Polizei sei der Waffenträger des preussischen Volkes. Das verpflichte die Polizeibeamten auch gegenüber der Bevölkerung. Die Polizeibeamten müssen der Zivilbevölkerung, vor allem aber der Jugend, ein Vorbild sein. Die Nachmittags Sitzung wurde ausgefüllt mit der Debatte über den Geschäftsbericht. Die Debatte bewies, daß die Polizeibeamten auch etwas von Politik und Wirtschaft verstehen. Mehrere Redner geißelten mit scharfen, aber sachlichen Worten das hilflose kapitalistische

Wirtschaftssystem und forderten die schnellste Inangriffnahme des Umbaus unserer Wirtschaft.

Die Polizeibeamten verlangen bei höchster Pflichterfüllung aber auch, daß man ihr Leben nicht unnötig aufs Spiel stellt. (Zwischenruf: Bülowplatz, Steffin!)

Vor allem erwarten die Polizeibeamten, daß im Jahre 1933 die „autoritäre“ Regierung wieder abgelöst wird durch die parlamentarische Staatsführung. Mit aller Entschiedenheit wandten sich sämtliche Diskussionsredner gegen die Absichten gewisser Kreise, das Koalitions- und Wahlrecht der Polizeibeamten einzuschränken. Klage wurde auch darüber geführt, daß einzelne Offiziere der Schutzpolizei seit dem Beginn des „neuen Kurzes“ die Polizeimannschaften wieder wie in der Vorkriegszeit als Rekruten betrachten, die man nach Belieben drücken und schikanieren könne. Die Wortführer aller Gauen bekannten sich inuner wieder unter dem Beifall des Verbandstages freudig zur Republik.

Der Sitzungssaal des Reichsmarktsrates war für die Tagung durch große schwarzrotgoldene Banner und durch Fahnen in den Farben Preußens und der Reichshauptstadt geschmückt.

Selbstmord einer Studentin

In einem Hause in der Uhländstraße spielte sich gestern nachmittag eine erschütternde Selbstmordtragödie ab. Aus dem Fensterrahmen des fünften Stockwerkes sprang eine 17jährige Studentin auf den Hof hinab, wo sie mit verschmetzten Gliedern liegen blieb. Das junge Mädchen hatte seine Mutter zu dem im Hause wohnenden Arzt begleitet. Während der Konsultation entfernte sich die Tochter heimlich aus dem Wartezimmer, begab sich zum fünften Stockwerk hinauf und sprang in die Tiefe. Das Motiv zur Verzeihungstat der Jugendlichen ist noch ungeklärt.

Auf dem Städtischen Viehhof in der Thackerstraße erhängte sich ein dort seit Jahren angestellter Kontrolleur. Als die Tat entdeckt wurde, war keine Hilfe mehr möglich.

Vollwerk der Republik bleibt. Die weiteren Reden zeigten, daß die große Mehrheit der Polizeibeamten nach wie vor treu zum republikanischen Volksstaat steht. Die Vertreter der neuen „autoritären“ Regierung werden mancherlei aus der wertvollen Debatte haben lernen können!

In seiner Eröffnungsansprache betonte der stellvertretende Vorsitzende Brebed als besonders erfreulich, daß zu der Tagung auch Vertreter der Polizei im abgetrennten Saarland und aus Danzig gekommen wären, um hier ihre Verbundenheit mit dem deutschen Vaterland neu zu bekräftigen. Auch die holländische Polizeibeamten, die seit langem mit ihren deutschen Kollegen ein enges Kameradschaftsverhältnis unterhalten, hatten einen Vertreter entsandt.

Ministerialrat Graefler, der für den nicht erschienenen Reichskommissar Bracht sprach, erklärte, daß dem Denunziantentum (das bekanntlich unter dem neuen Kurs in widerlicher Weise großgezüchtet worden ist, Red. d. B.) entgegenzutreten werden solle. Herr Bracht wolle keine Wetterfahnen, sondern treue Männer. Gesinnungsschnitzerei und Spitzeltum wolle auch er in der Polizei bekämpft sehen. Auf die großen, die Beamtenschaft in so starkem Maße erregenden Fragen ging der Vertreter der Regierung wohlweislich mit keinem Wort ein. Auch er mußte zugeben,

daß die preussische Polizei sich in ihrem Aufbau durchaus bewährt hat,

und er meinte deshalb, Reformen könnten nur auf der Grundlage des Geschaffenen vorgenommen werden. Es war verständlich, daß auf Grund dieses Ausspruches mehrere Redner später ausführten, man frage sich, aus welchen Gründen denn dauernd mit der Polizei und besonders mit der Schutzpolizei Experimente gemacht würden, wenn man auf der anderen Seite zugestehen müsse, daß der Polizeilapparat in Ordnung sei und glänzend funktioniere.

Für den Deutschen Beamtenbund sprach der Bundesvorsitzende Klügel dem aus Krankheitsurlachen zurückgetretenen Verbandsvorsitzenden Schrader für seine hohen Verdienste um das Berufsbeamtenum und die Organisation der Polizeibeamten unter dem Beifall der Delegierten Worte des Dankes aus.

Es ist die Aufgabe dieser Tagung, dem Verband einen neuen Vorsitzenden zu wählen. Als aussichtsreichster Kandidat gilt der frühere Kommandeur der Schutzpolizei, Heimannsberg, der erst aus seinem Amt getrieben wurde, um später auch von Herrn Bracht beschleunigt zu erhalten, daß er außerordentliche Verdienste um die Berliner Polizei hat. Die Beratungen des Verbandstages werden sich über mehrere Tage erstrecken.

Der Verbandsvorsitzende Brebed gab den Redenschäftsbericht. Er legte für den Verband

Die große Rotter-Pleite

Haftbefehl und Steckbrief

Auf Antrag der Berliner Staatsanwaltschaft ist gegen die verantwortlichen Inhaber des größten Berliner Theaterkonzerns, die Brüder Alfred und Friedrich Rotter, Haftbefehl erlassen worden und Steckbrief wegen Kontursverbrechen, Anstiftung zu Kontursvergehen und Untreue ergangen.

In dem Steckbrief wird den Brüdern Rotter u. a. ein zu hoher persönlicher Aufwand vorgeworfen. Tatsächlich sollen die Rotter-Billen häufig der Schauplatz großer Feste gewesen sein. Die zahlreichen Autoren und vielen Schauspielern, die mit den Rotters zu tun hatten, waren, wenn lange Verhandlungen in der Rotter-Billa stattfanden, stets Gäste der Familie. Auch in den großen Hotels pflegten die Brüder Rotter besonders nach Premieren große Feste zu geben, zu denen sie hunderte von Personen einluden.

Dieser Aufwand wurde vertan, trotzdem der Rotter-Konzern — wie sich jetzt herausgestellt hat — schon seit Jahren innerlich faul war. Schon seit Jahren hatten die Rotters hohe

Bankschulden, die zum großen Teil von mißglückten Börsenspekulationen herkommen. Sie sollen im Laufe der letzten Jahre mehr als eine Million Mark betragen haben. Als Unterlage für Bankkredite, die den Rotters trotz aller finanziellen Schwierigkeiten immer wieder zur Verfügung standen, soll ein starker Effektenbesitz gedient haben.

Der gegenwärtige Aufenthalt der Rotters ist bisher nicht bekannt. Es heißt, daß sich beide zur Zeit in der Schweiz aufhalten.

Die Nepperkolonne

Falsche Pfandscheine

In den letzten Tagen haben wieder Betrügereien mit gefälschten Pfandscheinen in recht erheblichem Umfang zugenommen, bei denen eine Kolonne darauf ausgeht, insbesondere leichtgläubige Frauen um oft erhebliche Gelder zu pressen.

Die Frauen wurden an verschiedenen Tagen in der Nähe der Pfandkammer von einem

Wieder strenger Frost!

Abends bereits 11 Grad Kälte

Übermals ist ein großer Teil des Reiches von einer neuen Kältemasse überflutet worden. Polare Luftzufuhren und sehr kalte Luftströme aus dem nördlichen Rußland haben überall die Temperaturen stark zum Sinken gebracht. Besonders in Berlin hat die Kälte in wenigen Stunden um 6 Grad zugenommen. Während am Vormittag noch verhältnismäßig leichter Frost herrschte und vereinzelt etwas Schnee niederging, fiel das Thermometer in den Abendstunden ganz rapid. Um 19 Uhr wurden in der Innenstadt 10 bis 11 Grad und in den Außenbezirken sogar 12 bis 14 Grad Kälte gemessen. Nachts ging die Quecksilbersäule noch weiter herunter. Der heftige Kälteeinbruch hat einen Teil der Gewässer innerhalb Berlins und an der Peripherie, die infolge der Strömung eisfrei geworden waren, erneut mit einer Eisdecke überzogen. Enten und Schwäne waren wieder in mehreren Fällen die „Sorgenkinder“ der Berliner Feuerwehr. Die Tiere waren eingefroren und mußten von den Feuerwehrleuten gerettet werden.

Aus allen Ecken und Enden des Reichs kommen gleichfalls Nachrichten, die die Auswirkungen des neuen Kälteeinbruchs kennzeichnen.

Schneeorkan

Im Riesengebirge herrschte in den vergangenen Tagen, besonders in den höheren Lagen, größte Kälte und heftiger Sturm, der zeitweise mit Windstärke 10 bis 11 beinahe den Charakter eines Orkans annahm. Auf dem östlichen Teile des Kamms waren 16 Grad Kälte. Außerdem hat der Sturm große Schneeverwehungen verursacht und zu meterhohen Schneewehen geführt. Der herrschende Schneesturm hat ein Opfer gefordert. Zwei Skiläufer wurden von einem Prager Arzt entkräftet und demütlos auf der Straße aufgefunden. Eine

sofort ausgesandte Hüfserpedition brachte den einen noch lebend in das Krankenhaus von Hohenelbe, während der zweite erst in den Morgenstunden als Leiche geborgen werden konnte.

Zu Fuß über die Elbe

Die Schifffahrt auf dem Neckar ist, wie aus Heidelberg gemeldet wird, wegen des Frostes, der in der vergangenen Nacht im Neckartal stellenweise 10 Grad unter Null erreichte, eingestellt worden. Während der obere ungefährte Teil des Flusses starkes Treibeis führt, tragen auf den beiden eigentlichen Kanaltrecken zwischen Heidelberg und Mannheim, wie auch in der Nähe der Staumehre schon größere Strecken gefrorene Eisdecken.

Die Eisbildung im Hamburger Hafen bereitet der kleinen Schifffahrt bereits beträchtliche Schwierigkeiten. Sechskantliche Eisbrecher sind während des ganzen Tages damit beschäftigt, das neugebildete Eis aufzubrechen und die zusammengedrängten Eismassen in Bewegung zu halten. Auf der Unterelbe überwiegt das Treibeis. Die Oberelbe ist bei Gochstede zugefroren, so daß man zu Fuß von einem Ufer zum anderen gelangen kann.

Der Elbe-Elbe-Kanal ist für alle Fahrzeuge gesperrt worden. Das Eis war so stark geworden, daß die Fahrtrinne nicht mehr von den Eisbrechern offengehalten werden konnte.

Infolge der Eisschwierigkeiten im Hulummer Battenmeer mußte der Dampfschiffsverkehr nach den Inseln Nordstrand und Pellworm eingestellt werden. Während der Verkehr von Hulum nach Nordstrand über den Nordstrander Damm möglich ist, wurde zur Aufrechterhaltung der Verbindung zwischen dem Festland und Pellworm ein Flugzeug angefordert.

Mann angeprochen, der ihnen einen Pfandschein zum Kauf anbot. Reist waren es Handelsfrauen, die auf der Pfandkammer irgend etwas ersehen wollten. Der Betrüger bot jetzt einen Schein an, der über einen prachtvollen dreifarigen Ring oder etwa über ein Perlenteller im Werte von etwa 3000 M. ausgestellt war, für das der Pfandleiher immerhin 300 M. gegeben hatte. Bemerklich zögern die Frauen, weil sie manchmal nicht sofort Geld bei sich haben. Die Burichen arbeiten mit dem Trad, daß plötzlich ein Mann hinzukommt, der sich als Händler ausgibt und bedauert, den wertvollen Schein nicht kaufen zu dürfen. Man redet nun auf die Frau ein. In zahlreichen Fällen haben die Frauen noch Geld von Hause geholt, um den Schein zu kaufen. Mit dem Händler zusammen, der das Objekt später eventuell erwerben wollte, machte man sich gemeinsam auf den Weg zur Pfandleihe, um das Schmuckstück einzulösen, nachdem der Anbieter schon den jeweiligen Betrag für den Schein bekommen hatte. Für die Burichen war es natürlich eine Kleinigkeit, die Frauen unterwegs zu verlegen. Wenn diese dann zu der Pfandleihe hinfamen und den Schein vorlegten, stellte es sich heraus, daß er gefälscht war.

Herzschlag im Flugzeug

Aus 9000 Meter abgestürzt

Paris, 23. Januar.

Bei einem Versuchsflug der Flugzeugwerke von Penhoel bei St. Nazaire stürzte das Flugzeug aus 9000 Meter Höhe ab. Der Flieger wurde tot geborgen. Der Kontrollauschuh, der dem Unfall beimohnte, nimmt an, daß der Flieger einen Herzschlag erlitten hat, da man ohne jeden ersichtlichen Grund das Flugzeug spiralenförmig abstürzen sah, ohne daß der Flieger den Versuch gemacht hätte, die Maschine wieder aufzufangen.

Menschenfeindlicher Wirt

Blinder aus seiner Wohnung heraus

Auch vor dem traglichsten aller menschlichen Gebrechen, der Blindheit, machte die Rücksichtslosigkeit eines Hauswirtes nicht halt.

In einer kleinen, finsternen, nicht beheizbaren Hofwohnung des Hauses Heidelberger Straße 75/76 fristeten die Celeste R. seit Jahren ihr freudloses Leben. Der Mann vollständig erblindet, die Frau schwer und unheilbar krank und auf der rechten Seite völlig gelähmt. Aber damit noch nicht genug. Der Sohn ist seit Jahren arbeitslos und bewohnt mit Frau und zwei kleinen Kindern — das eine ist ein Jahr alt, das andere fünf Wochen — eine Laube. Im Sommer ging es, aber in der kalten Jahreszeit hielt es die Frau nicht aus, sie wurde krank. Kein Hauswirt aber nahm den Arbeitslosen auf. Da trafen die kranken, alten Eltern in das Vorzimmer und überließen den Jungen ihre einzige Stube. Schon lange war der arme Blinde, dieser hilflose stille Mensch, der niemandem etwas tat, dem Herren Hauswirt ein Dorn im Auge. „Al! die arbeitslosen Herrschaften“ wollte er los sein und suchte fortwährend nach Gründen. Bei dem Blinden war es schwer, denn der bezahlte pünktlich seine Miete. Aber er hatte noch einen ganz kleinen, artigen Hund, und der „störte“ den Hauspasha. So strengte er wegen des harmlosen Tierchens eine Räumungsklage an. Als er vor Gericht kein Recht erhielt, schmol ihm erst recht die Hornesader. Nun ging gegen die Mitwohnerschaft des Sohnes. Die Leute waren auf einmal schrecklich laut. Mit der Zeit gelang es dem Wirt tatsächlich, die Ermittlung durchzuführen. Als sich die Leute noch einer Taufschwörung umfanden, lehnte der Wirt alle Taufpartner ab und gab den Hauswirtinnen noch obendrein die schlechteste Auskunft. Hätte sich nicht eine Bekannte in letzter Stunde der Leute angenommen, dann wären jetzt ein alter Blinder und eine schwerkrante Frau mit ihren Angehörigen auf der Straße.

Der erste Schmetterling

Nachdem wir kürzlich von den ersten lebenden Raikäfern berichten konnten, brachte uns jetzt ein „Vorwärts“-Leser als vorzeitigen Frühlingboten einen Schmetterling, der vollkommen ausgewachsen ein besonders schönes Exemplar der „Fuchschwanz“-Gattung darstellt.

Neue Anfänger-Sprachkurse in Englisch, Französisch und Spanisch beginnen demnächst die „Freunde der internationalen Kleinarbeit“ (Freidita). Besondere Erwerbslostenkurse werden eingerichtet. Auskunft erteilt die Geschäftsstelle: Kurze Straße 32 - Telephon: Merkur 2196.

Nachwanderung durch die vergessenen Winkel Alt-Berlins. Die nächste Wanderung veranstaltet das Bezirksamt Schöneberg am Mittwoch dem 25. Januar 1933, unter Leitung des Schriftstellers Georg Bamberger. Treffpunkt: 20 Uhr im Ephraimhaus, Poststr. 16, Ecke Mühlendamm. Teilnahmegebühr 1 M.

Berlin will Arbeit schaffen

Vorschläge der Stadt an den Reichskommissar

Bürgermeister Elsas, der gestern den Führern der Fraktionen des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Stadt Berlin bekanntgegeben hat, erläuterte vor Vertretern der Presse die Einzelheiten der vom Magistrat bei der Reichsregierung angemeldeten Arbeiten, für die 54,42 Millionen Mark aus Mitteln des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Regierung erforderlich sind.

Diese Arbeiten sollen in den verschiedenen Zweigen der städtischen Verwaltung und bei der Verkehrsverwaltung ausgeführt werden, es ist jedoch zweifelhaft, ob die Stadt die Genehmigung für ähnliche angemeldete Arbeiten bekommt, da bereits bei den Vorbesprechungen mit der Reichsregierung „Bedenken“ gegen die Instandsetzungen an städtischen Gebäuden, die 1,5 Millionen kosten würden, und für die Erweiterungsanlagen auf dem Vieh- und Schlachthof, deren Kosten auf 5,7 Millionen veranschlagt werden, geltend gemacht worden sind. Die Stadt will aber wegen dieser strittigen Projekte eine grundsätzliche Entscheidung der zuständigen Stellen herbeiführen, und man nimmt an, daß der Stadt wohl 20 bis 30 Millionen für die Durchführung der Arbeiten bewilligt werden.

Es sei beabsichtigt, die erforderliche Zustimmung der städtischen Körperschaften zu dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Stadt mit größter Beschleunigung herbeizuführen, um sodann die Einzelanträge an den Oberpräsidenten in Charlottenburg zur Prüfung und Weitergabe an den Reichskommissar für

Arbeitsbeschaffung vorzulegen. Die Anträge betreffen sich vorwiegend auf Instandsetzung, Verbesserung und Vervollständigung vorhandener Anlagen und rechtfertigten die Kapitalaufwendungen. Durchgehend handelt es sich um Anträge, die schon in früheren Jahren zum Haushaltsplan der Stadt Berlin von den betreffenden Verwaltungen vorgelegt worden seien und trotz der unbeeinträchtigten Dringlichkeit mit Rücksicht auf die Finanzlage der Stadt nicht durchgeführt werden konnten.

Für die Beschaffung der Mittel sind von der Reichsregierung zwei Kreditinstitute gebildet worden, und zwar die „Gesellschaft für öffentliche Arbeiten“ (Gefa) und die „Kontenbankkreditanstalt“. Die Darlehen, die der Stadt bzw. den städtischen Gesellschaften gewährt werden, werden auf 20 bis 25 Jahre gegeben, und bei den Gemeinden erfolgt ab 1. Juli 1933 die Tilgung der Schuldsumme und Zinsen durch eine sechsprozentige Rente, während die Gesellschaften in privater Wirtschaftsform spätestens am 1. April 1934 mit der Tilgung beginnen müssen. Diese Finanzierung stellt ein sehr kompliziertes System dar.

Brückenbau und Verkehr

Der Bürgermeister gab dann einen Überblick über die einzelnen Arbeiten: Für den Brückenbau, hauptsächlich für die Instandsetzung häufiger Brücken sollen 485 Millionen angefordert werden. Erneuert werden sollen mit diesen Mitteln die Fernbrücke in Wilmersdorf, die Sandkrugbrücke über den Spandauer Schiffahrtkanal, die Reitenbrücke am Bahnhof, die

Stöckchenbrücke, die Admiralbrücke, die Treppow-, Michael- und Ribbenbachbrücke, die Schloßbrücke in Bantow, die Lange Brücke in Köpenick, die Oranienbaumbrücke sowie die Brücke bei Stahnsdorf-Teplitz. Ferner sind Reparaturen an zahlreichen Eisenbahnunterführungen in Aussicht genommen.

Am größten ist das Arbeitsbeschaffungsprogramm für die SBB mit 12,5 Millionen Mark. Hier handelt es sich um die Inangriffnahme des zweiten Bauteils für die Verstärkung der Hochbahnviadukts zwischen Gieschiner und Stalingerstraße, die 2,5 Millionen erfordern, Erneuerung von Gleisanlagen, weitestgehender Ausbau hiesiger einseitiger Strecken, Vervollständigung und Erneuerung der Fahrleitungen, Umbau der Schützenwagen — wofür 330.000 Mark nötig sind —, Ersatzbeschaffung von 60 Omnibussen, die 2,25 Millionen kosten, und außerdem sollen noch und nach 140 neogummibereifte Omnibusse in Luftbereifung umgebaut werden. Für den Straßenbau werden 5,5 Millionen benötigt. Hierbei ist der Ausbau von Ausfallstraßen, die Befestigung von Sommerwegen und — was mit Rücksicht auf den Rutschschlammprozeß von Interesse ist — die Erneuerung abgegrabener Stampf- asphaltstraßen durch Raubasphalt geplant.

Nach den Schätzungen des Magistrats kann durch Bewirtlichung des Plans Arbeit für rund 15.000 Arbeitslose geschaffen werden. Für die Arbeiten sollen hauptsächlich langfristige Erwerbslose und vornehmlich Familienväter, Verwendung finden.

etwa die prägenden SA-Burden fest, sondern unter zu Boden gelagerter Gewinne würde als einziger verhalten und bis Mitternacht auf dem Polizeipräsidium festgehalten.

Es muß festgestellt werden, daß die bisher ruhige Wohnstadt um den Wüdebruchplatz herum zu einem durch SA-Kommando gefährdeten Gebiet geworden ist, nachdem das Lokal von Kapt. Widenbruch, Ed. Beierstraße, zur SA-Kneipe avanciert ist. Die Anstrengungen in unseren Parteifakten begannen die „Heldentaten“, dann wurden in der letzten Woche auf der händlichen Eisenbahn in der Kaiser-Friedrich-Strasse Mitglieder unserer sozialistischen Arbeiterjugend bedroht, so daß Parteigenossen und Arbeiterportier ihnen zu Hilfe kommen mußten.

Am letzten Dienstag haben die Nazis über 100 SA-Leute präsumiert, um aufs neue gegen die jungen Arbeiter vorzugehen. Erst Polizei hat mit einem härteren Vorstoß für Ruhe sorgen müssen. Es wäre an der Zeit, daß die neue Bürgerkriegskaserne von der nahegelegenen 215/216 Polizeiwache stärker beobachtet wird, um diesen Unruhrandherd zu beseitigen.

Beschwerde über Melcher

Polizei sagte mal so, mal so

Der Senatspräsident i. R. A. Freymuth hat an den preussischen Minister des Innern folgendes Schreiben gerichtet:

„Für Sonntag, den 22. Januar 1933, vormittags 11 1/2 Uhr, war im Theater am Bülowplatz das Joogün-Konzert angefüllt. Ich hatte einige Tage vorher zwei Konzertkarten gekauft. Als ich am Sonntagvormittag kurz nach 11 Uhr durch die Linienstraße zu dem Theater gehen wollte, wurde ich von Polizisten zurückgewiesen; sie erklärten, der Platz sei abgesperrt und sie dürften niemanden durchlassen. Als ich sagte, daß ich zu dem Joogün-Konzert ins Theater wolle, erklärte mir zunächst ein Polizist und dann noch ein Polizist, daß das Konzert nicht stattfindet. Ich mußte daher mit meiner Frau zusammen unorientierter Sache weggehen. Wie ich inzwischen erfahren habe, hat das Konzert tatsächlich stattgefunden. Ein Teil der Besucher ist anscheinend von der Polizei durch die Sperre gelassen worden. Dagegen ist ein anderer Teil von Besuchern nicht hindurchgelassen worden. Denn, wie ich ebenfalls zuverlässig erfahren habe, hat das an sich ausverkaufte Haus große Lücken aufgewiesen.“

Für die Kartentäuser, für die Künstler und für die Veranstalter ist ein erheblicher materieller und ideeller Schaden entstanden. Das Verhalten der Polizei war unangemessen, aufreizend und für den Staatsbürger beleidigend. Es war am Bülowplatz zu der fraglichen Zeit vollkommen ruhig, auch waren keine größeren Menschenansammlungen von der Linienstraße aus zu sehen. Bei sachgemäßer Handhabung hätten die Theaterbesucher ohne weiteres durchgelassen werden müssen. Eine mir natürlich nicht bekannte höhere Stelle hat anscheinend die Polizisten angewiesen, der Wahrheit zuwider zu erklären, daß das Konzert nicht stattfindet.

Die Verantwortung hierfür trifft den Herrn Polizeipräsidenten von Berlin. Ich führe gemäß Artikel 126 der Reichsverfassung über ihn Beschwerde und bitte den Herrn Minister, das Erforderliche zu veranlassen und mich zu befehlen.“

Hochachtungsvoll

geb: A. Freymuth

Senatspräsident am Kammergericht i. R.

Luftfahrt im Film

Durch eine Vormittagsveranstaltung „Luftfahrt im Film“ stellte sich die Deutsche Luftfahrt in den Dienst der Berliner Winterhilfe. Die Veranstaltung fand am Sonntag in dem von der Ufa zur Verfügung gestellten Gloria-Palast, Kurfürstendamm, statt. Zur Vorführung gelangten Ausschnitte aus den besten Fliegerfilmen der Welt, wie z. B. aus „Wolkenstürmer“, „Blühende Schatten“, „Mit Bord zum Südpol“, „Air Mail“ usw. Außerdem wurde bei dieser Gelegenheit zum erstenmal der von der Ufa und Lufthansa hergestellte neue Kulturtonfilm „Hochfliegen der Luft“ gezeigt. Der berühmte Flieger Ernst Heidet war trotz Krankheit selber erschienen und ließ Teile seines demnächst zur Aufführung gelangenden Gedichtfilms vortragen. Es waren nicht nur Bilder von überwältigender Reizwirkung, sondern auch Episoden eines fast tollkühnen Spielens mit dem Leben, das sicherlich an den wüsten Eisriesen zugrunde gegangen wäre, wenn Idet nicht über eine tödliche funktionierende Maschine verfügt hätte. Die Veranstaltung war gut besucht und das Publikum begeistert.

Wie wird das Wetter?

In Berlin: Zeitweise heiter und sehr kalt, nur noch vereinzelt Schneefälle. — In Deutschland: Allgemein wolfig bis heiter, nur noch im Süden und Südsüdwesten nennenswerte Schneefälle, meist wolfig stehende Temperaturen.

In wenig Worten

Bei Feldarbeiten in einem kleinen an der Eisenbahnstrecke Reims—Laon gelegenen Dorfe wurden die Leichen von 15 deutschen und sechs französischen bei den Kämpfen von 1918 gefallenen Soldaten aufgefunden. Die Leichen der deutschen Gefallenen, von denen vier identifiziert werden konnten, sind auf den deutschen Soldatenfriedhof von Laire übergeführt worden.

Der Berliner Kaufmann Dr. Fritz Driesen hat in Boston in dem angebotenen Profitoratorium den seit langem gesuchten Bankier-Notafremden erkannt. Die Gegenüberstellung von Dr. Driesen und Lewin erfolgte in Anwesenheit des deutschen Generalkonsuls in Boston und eines leitenden Beamten der amerikanischen Staatsanwaltschaft.

Auf der Frankfurter Chaussee ist im Dario Lichtenow (Kreis Niederbarnim) der Landjäger-Oberleutnant Paul Schatz aus Seelow auf einen holzbeladenen Lastzug, der nicht vorschriftsmäßig behelmt war, und aus dem Sommerweg raus, mit seinem Kraftfahrzeug aufgefahren. Der Aufprall war so heftig, daß das Auto sofort in Brand geriet und vollkommen zerstört wurde. Der Beamte erlitt schwere innere Verletzungen und war binnen weniger Minuten tot.

Ein Großfeuer, das in der Altstadt von Rotterdam wütete, hat dort mehrere Warenspeicher zerstört und bedeutenden Materialschaden angerichtet. — Der Brand entstand kurz nach Mitternacht in dem Lagerdepot einer Eisenwarenfirma und breitete sich schnell auf die umliegenden Speicher aus.

Kältelatastrophe

Furchtbare Fröste in der Sowjetunion

Die furchtbare Kälte, die ganz Rußland heimgesucht hat, hält nicht nur an, sondern die Temperaturen sinken noch weiter. Der Leningrader Rundfunk meldete gestern Abend Temperaturen von unter 30 Grad und teilte mit, daß allein während des gestrigen Tages von der Leningrader Polizei zwölf Erfrorene in den Straßen gefunden wurden. Alle Schulen Leningrads mußten schließen. Durch den furchtbaren Frost sind die wichtigsten Wasserleitungen gestört. Man befürchtet vor allen Dingen auch einen Kohlenmangel. Selbst einige der großen Industriewerke in Leningrad mußten ihre Belegschaft auffordern, zu Hause zu bleiben, weil man bei dem schlecht funktionierenden Verkehr und dem furchtbaren Frostwetter mit Recht gesundheitliche Schäden befürchtete. Der Verkehr im Leningrader Hafen ist jetzt auch mit Beobachtern nicht mehr möglich. Da die

meteorologischen Stationen Leningrads für Ende dieser Woche eine Verstärkung des Frostwetters melden, ist dieser Winter, wie der Sprecher des Leningrader Senders sagte, wohl einer der schwersten seit vielen Jahren. Eine Einschränkung des Kohlenverbrauchs mußte angeordnet werden, so daß man in den Wohnungen der Stadt die Mäntel nicht mehr ablegen kann.

Bruno S. Bürgel spricht in der Wala des Postzentrums Rantow, Bärkholz 43, über „Eine Nacht auf der Sternwarte“ am 2. Februar 1933, 20 Uhr.

Die SA-Kneipe

Rowdys am Wildenbruchplatz

Uns wird geschrieben:

Am Sonntagvormittag wurde unter junger Gewohnheit Bruno R. Kantsch, in der Kaiser-Friedrich-Strasse in der Nähe der Anzengubelstraße von einem Trupp Hitler-Jugend und SA überfallen. Mit dem Rufe: „Da ist er!“ liefen sie über den Gewohnheit her. In der Ratwehre gab R. einen Schuß aus seiner Schreckschußpistole ab und flüchtete nach der nahen Polizeiwache in der Kaiser-Friedrich-Strasse. Die aus der Wache herauskommenden Polizeibeamten nahmen aber nicht

Fahrendes Volk

Ausstellung des ambulanten Gewerbes im Friedrichshain

Zwanzigtausend Menschen, die sich in Deutschland mit fahrenden Verkaufständen, als Schausteller, Spielbudenbesitzer, Markt- und Straßenhändler ihre Arbeit nicht leicht zu erwerbendes Brot verdienen, sind in dem Reichsverband ambulanten Gewerbetreibender zusammengeschlossen, der bis zum Mittwoch, 25. Januar, zu seinem jährlichen Bestehen in Berlin im Saalbau Friedrichshain eine Reichstagung abhält.

120 Delegierte aus allen Gegenden Deutschlands sind verammelt, um über die Möglichkeiten und besonderen Rolle ihres Berufs zu beraten. Am Montag erriethen nach der offiziellen Eröffnung die Verbandsvorsitzenden Dejer und Lehmann der Geschäftsbericht und Schriftleiter Brendel schilderte den Stand des Verbandsablattes und der damit verbundenen Pressestelle.

Im Gartenraum des „Saalbaues Friedrichshain“ ist aus diesem Anlaß mit viel Liebe und Geld eine besondere Ausstellung des ambulanten Gewerbes hergerichtet worden, wo neben den sachlichen Ständen, die Einrichtungen von Eisconditoreien, Textilwaren, Ausstellungsgeräte und dergleichen zeigen, eine besondere Schau zu sehen ist, die ein einfaches Mitglied des Verbandes aufgebaut hat. Dieser Paul Boigt aus Leipzig verfügt wahrlich über ein ganz einzigartiges Material. Ueber dreihundert Photos aus dem Leben des fahrenden Volkes, von Jahrmärkten, Wohnwagen und Schauenden werden gezeigt, die Freud und Leid der umherziehenden Händler und Budenbesitzer offenbaren. Selbst Plakate, Ankündigungen von Sektanjern und Gauklern aus dem vorigen Jahrhundert hat Herr Boigt gesammelt, den sicher nicht nur Geschäftsinteresse zu dem immer noch etwas romantisch erscheinenden umherziehenden Gewerbe gebracht hat. Die Stadt Leipzig ließ ihm sogar für die Ausstellung eine berühmte Urkunde aus dem Jahre 1407, wo zum ersten Male dem Magistrat die Abhaltung eines Marktes erlaubt wurde, aus dem sich die wappentragende

Leipziger Messe entwickelt hat. Diese einzigartige Ausstellung ist vom 23. bis 25. Januar von 9 bis 22 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet.

Die Reichstagung wird am heutigen Dienstag mit einer öffentlichen Kundgebung ihren Höhepunkt finden zu der die Behörden und befreundete Organisationen eingeladen sind. Der Verbandsvorsitzende Dejer wird einen Vortrag halten mit dem Thema: „Kann die deutsche Wirtschaft das ambulante Gewerbe entbehren?“ Eine Frage, die sicher weiteste Kreise interessieren wird.

Straßenhandel in großer Not

In einer gut besuchten Versammlung in den Schönhauser Feldern beschäftigten sich die Berliner Straßenhändler vom Bezirk Prenzlauer Berg mit der neuerdings scharfen Handhabung der Straßenpolizeiverordnung.

Redakteur Brendel schilderte den Existenzkampf der Straßenhändler und charakterisierte jene Kreise, die unablässig bemüht sind, den Straßenhandel zu unterbinden. Die Gegner scheuen die unfairen Mittel nicht, um den Straßenhandel unmöglich zu machen. Man beruft sich darauf, daß seit Juli 1932 im Polizeipräsidium ein anderer Wind wehe und diese Situation zur weiteren Verdrängung des Straßenhandels benutzt werden müsse. Wenn nach einem Bericht der Berliner Handelskammer der Straßenhandel als „Ragnießer der Krise“ bezeichnet wurde, so wurde aus der Mitte der Versammlung heraus betont, daß viele Straßenhändler auf Grund der Krise ihr Pferd haben verkaufen müssen und seit langer Zeit ihre Waren per Handwagen heranholen. In vielen Fällen haben die Händler ihre Wohnungen aufgegeben und müssen notdürftig in einer Laube kampieren. Bezirksleiter J. H. Gold und Geschäftsführer Dejer berichteten über ihre Tätigkeit in den Monaten 61 und 62, wo besondere Schwierigkeiten noch zu überwinden sind.

Zum Kochen von Gemüse: **MAGGI** Fleischbrühe

Zwei Lebende und ein Toter

Roman von
Sigurd Christiansen

36]

„Danke“, sagte sie. „Jetzt muß ich aber gehen, sonst fährt mir der Zug weg. Auf Wiedersehen, Erik. Grüß schon zu Haus.“

„Danke. Und laß dir's gut gehen. Darf ich dir nicht tragen helfen?“

Er half ihr ein Abteil zu finden und stand davor, bis der Zug ging. Er merkte, daß ihr das wohl tat, und empfand selbst eine eigene garne Freude dabei.

Der bittere und schmerzliche Eindruck dieser Begegnung mischte sich in sein Verhältnis zu Lüderten. Er gab ihm Veranlassung, die Verschiedenheit in den Lebensverhältnissen der drei Parteien jenes unglückseligen Tages aneinander zu messen. Und er fragte sich: Warum hat er als Einziger Vorteil davon und wir das Gegenteil? Warum steigt er — auch in seinem eigenen Bewußtsein — durch das, was uns erniedrigt? Quisius mußte sterben und seine Familie sitzt fast im Elend. Ich selber gehe hier umher als ein kümmerlicher, vergeblicher, lebenslänglicher Unterbeamter. Auf Lüderten aber ist die ganze unverdiente Ehre und Beförderung gefallen. Seit mehr als acht Jahren laufe ich hier umher wie ein Dummkopf. Es wird Zeit, daß ich etwas unternehme. Ganz so billig soll er auch nicht davonkommen.

Als er Helene von seiner Begegnung mit Frau Quisius erzählte, hörte sie ihn an mit ihrem trostlos blassen Gesicht, ohne ihn zu unterbrechen. Als er fertig war, brach sie in Tränen aus. „Die arme, arme Esther“, sagte sie.

Da sah er sie fest an.

„So wäre es dir auch ergangen, wenn dir damals dein Wunsch erfüllt wäre.“

„O Erik. Nie habe ich das gewünscht.“

Aber die alte Bitterkeit quoll in ihm hoch und machte ihn hart. „Doch“, antwortete er, „du hättest keine Wahl; entweder so — oder so, wie du es jetzt hast.“

Sie sah ihn flehend an. „Ich weiß, ich habe dir furchtbar unrecht getan. Aber willst du nicht versuchen, es zu vergessen?“

Er stützte den Kopf in die Hand, so daß seine Augen verdeckt waren. Und im Dunkel seiner Hände schloß er die Augen und sah lange regungslos.

„Ja“, antwortete er endlich, „vergessen, das habe ich ja schon, so im allgemeinen. Gerade jetzt kam es nur so heftig über mich. Aber ich will dich von jetzt an nicht mehr damit plagen.“

Das tat er auch nicht. Er trug es ganz allein, aber mit jedem Tag wurde es ihm klarer, daß es so nicht länger gehen konnte. Daß eine Auslösung kommen müßte, eine Befreiung, koste es was es wolle — um überhaupt weiterleben zu können. Wieder und wieder nahm er seinen Plan vor, besah ihn von allen Seiten und ermaß alle Möglichkeiten, die schlümmen wie die guten.

Darf ich das Wenige, was mir noch geblieben ist, für einen gewagten Einfall aufs Spiel setzen? versuchte er sich selber dagegen zu wehren. Gleichzeitig aber hatte er das bange Vorgefühl, daß es doch kommen würde.

Es kann sich ja alles verändert haben, versuchte er sich zu trösten, es ist ja gar nicht sicher, daß er noch heute so denkt. Unter allen Umständen will ich erst mit ihm reden. Möglich, daß dann gar nichts weiter nötig ist.

Leptere Möglichkeit verstärkte noch die Versuchung. Er rechnete aus, daß seine Sommerferien gerade auf den geeigneten Zeitpunkt fielen, nämlich den 1. Juli. Zu Johann wollte Helene mit dem Jungen aufs Land fahren und die Woche darauf wollte er ihnen nachkommen. Alles lag so günstig wie möglich, es kam nur noch auf ihn selber an.

Ihm fiel ein, was er Helene geantwortet hatte: Vielleicht darf ich jetzt auch mal ein bißchen an mich selber denken.

Gleichzeitig aber durchfuhr ihn ein kaltes Angstgefühl. Das alles sieht mir ja gar nicht ähnlich. Bin ich denn das? — Bin ich plötzlich so tollkühn geworden, nachdem ich mein ganzes Leben lang in vorsichtiger Abgeschlossenheit hingelebt habe? — Es ist wie mit Esther Quisius: Ich bin es nicht, aber ich bin es mal gewesen.

Am Johannabend brachte Berger Helene und den Jungen zur Bahn. Dann ging er nach Hause, allein und in heftiger Versuchung. Das Feuer, das in den letzten

Monaten in ihm geblommen hatte, loderte schon in den ersten Bartetagen zu helllicher Flamme empor. Es wunderte ihn nicht und es benahm ihm nicht den Atem. Im Gegenteil — es beruhigte ihn. Als hätte er es die ganze Zeit gewußt, daß der Plan zur Ausführung kommen werde.

Der neue Zustand gab ihm die Kraft, die Sache in einer wirklicheren und planmäßigeren Form als bisher zu durchdenken. Und wie sich ihm das Ganze bis in die kleinsten Einzelheiten ordnete, ergriff ihn eine heitere, erwartungsvolle Spannung. Es war, als ob seine Phantasie sich tummelte vor Sonne, daß sie zum erstenmal im großen Ausmaß gebraucht wurde. Er blieb oft mitten im Zimmer stehen und rieb sich die Hände, während ein übermenschliches Entzücken ihn bis an den Rand der Glückseligkeit trieb. Oft allerdings erbeute er in einer schwindelerregenden Angst, daß ihm eiskalt

Das sind Schneestürme!

Zwei Tatsachenberichte / Von Herbert Reinhold

Diese zwei Tatsachenberichte sind geschrieben, einmal, um all den vielen, oft sich widersprechenden Schilderungen, die stets mehr oder minder romantische Hintergründe haben aber von metaphysisch-religiösen Gesichtspunkten beherrscht sind, entgegenzutreten, und zum anderen, um anzudeuten, wie sich Mensch und Tier wirklich verhalten angesichts des drohenden Todes inmitten gewaltiger, elementarster Naturereignisse.

Gegen Ende des fünften Tages einer sonnenlosen Woche schauten wir am 6. Februar 1925 von der Höhe des niederen Goldbergtauernüberganges zu Tal. Strandenlange, schwerste Wanderung über vereiste, plattige Gesteine und trügerische Wächten lag hinter uns. Wenige Schritte noch, und das Ziel war unser: das Tauernhaus, 2450 Meter hoch.

Wir waren junge Menschen, die sich von zermürbender Arbeit unter Tag für kurze Zeit losgerissen hatten. Weder Tod noch Teufel fürchteten wir. Die Tage auf den Höhen hatten unsere Lungen gereinigt, die Körper gebräunt und unsere Herzen geöffnet für die Schönheiten um uns.

Zum letzten Male tranken wir das grandiose Bild der Tauernberge; der kommende Tag sollte uns heimkehrend im Tal sehen. Noch zitterten Sonnenscheinbänder über die weißen Wände spitzer Berggipfel. Argendwo pflügte eine Gans laut. Blicke hinstellte im zagen Westwind die große Nebelglocke, die hier auf dem höchsten Punkt des uralten Tauernüberganges als Weiser für suchende Wanderer aufgehangen ist.

Eigen glückselig schauten wir zurück. Die Sonne duckte sich rot hinter blaue Gletscher. Mühsam aber fürchte sich der Himmel: erst grün, dann violett, später wechselnd im Farbenpiel, und schließlich düsterdunkel. Unheimlich brauste es unter uns. Der Wind schlug schnell um. Von Osten her fegte er Milliarden feinsten Schneeflocken. Und mit einem Male schneite es handgroße Flocken; im tollsten Wirbel züchteten noch große Eiskügel. Es tobte zwischen den Bergen. Das war ein Rollen, ein Aufheulen, ein unheimliches Krachen und Follern, grauenregendes Jochen, Knallen und Weisen. Das war entsetzliche Gewalt! Das war ... Schneesturm!

Der kurze Weg zum Haus war erstester Kampf. Anfatmend verraumten wir die Täler. Und beim prasselnden Feuer dachten wir uns geborgen, zumal der Kraxel gestreckt für vierundzwanzig Stunden langte. Schneestürme sind selten von längerer Dauer. Unbekümmert ob der wütenden Naturgewalten legten wir uns nieder. Pläne für die Heimfahrt besprechend.

Um es kurz zu sagen: fünf Tage und fünf Nächte hauste der Sturm in unerminderter Heftigkeit. Und fünf mal vierundzwanzig Stunden hockten wir zusammengedrängt am rotglühenden Ofen. Schnee war dezimeterhoch in die Stuben gedrungen. Das Thermometer zeigte minus acht Grad. Am inneren Fenster! Wir froren, huncerten und dösten und ... hofften.

Draußen tobte die Erde. Der Sturm heulte um das Haus, daß es in seinen Grundfesten schwankte. Eis prasselte auf das Dach. Mi lauten Getöse wurden Schieferplatten weggetragen. Meterhoch dräuten sich die Schneewehen an die Wände. Feiner Schneestaub wirbelte in der Stube. Selbst am Ofen war es kalt. Endlich, am sechsten Tage, gegen Mittag, ruhte

murde. Das waren aber nur kurze Augenblicke, ein notwendiger Bestandteil seiner Existenz.

Er schrieb an Helene, er habe sich ein paar Tage verspätet, und am ersten Ferientag fuhr er los, voll Ungeduld, es endlich überstanden zu haben.

Vormittags kam er an. Das erste, was er tat, war, auf die Post zu gehen und Marken zu kaufen. Die Gelegenheit benutzte er, sich umzusehen. Von früher her wußte er, daß die Privatwohnung des Postdirektors im ersten Stock lag. Zum Glück ließ Lüderten sich nicht blicken. Am Schalter sah ein junger Mann, den er nicht kannte. Er fand, daß das Büro des Postdirektors rechts vom Expeditionsraum lag, mit eigenem Eingang von einem langen Korridor von der Straße her und mit einem Fenster nach dem Hof. Er wagte sich auf den Korridor hinaus und fand, daß er in der Treppe müdete, die zum ersten Stockwerk hinaufführte. Beim Hinausgehen sah er, daß die Tür zur Straße mit einem Schnappschloß versehen war.

Alles das befriedigte ihn. Auch der Anschlag an der Tür, der verkündete, die Bürozeit sei nachmittags von vier bis sieben.

Halb beruhigt und doch beengt von einer Spannung machte er einen Spaziergang vor die Stadt. Dort draußen verbrachte er, um umgekehrt zu bleiben, seinen Tag. In diesen langen Stunden war er nervös und wie darauf besessen, daß es losgehe. Daß er endlich fertig werde mit diesem halbschwerischen und unsicheren Durchgangs-

stadium, in das er sich gestürzt hatte. Minutenlang fühlte er sich heftig versucht, das Ganze aufzugeben. Aber die Erinnerung an die letzten acht, neun Jahre seines Lebens hielten seine Entschlußkraft aufrecht. So konnte und durfte es nicht weitergehen.

Auch dieser Tag nahm ein Ende, und als er jetzt wieder an der Post vorbeikam, sah er, daß schon geschlossen war.

Nach eine halbe Stunde, bestimmte er. Sicher ist er jetzt zum Essen. Dann kommt er zurück und macht sich an die Vierteljahrsabrechnung. Das ist der geeignete Augenblick. — Wenn er sie bloß nicht schon in der Bürozeit gemacht hat, durchfuhr es ihn.

Den Gedanken aber wies er ab.

Dazu ist er zu faul. Da ist es schon wahrscheinlicher, daß er die nächsten Tage überhaupt noch nicht anfängt. Dann bleibe ich ganz einfach hier — gelassen muß es.

Er wartete, bis die Uhr viertel vor acht war. Dann nahm er sich energisch zusammen und ging die zwei Stufen zur Tür. Die Tür war verschlossen. Damit hatte er nicht gerechnet, und es bedurfte einer ganz kurzen Ueberlegung, ehe er klingelte. Er wartete in unelischer Spannung, aber niemand kam. Nachdem er noch einmal geklingelt hatte, ebenso ergebnislos, ging er auf die Straße zurück und sah nach den Fenstern hinauf. Zu seiner Verwunderung sah er, daß oben die Rollläden herabgelassen waren.

(Fortsetzung folgt.)

mit einem Schläge das Unwetter. Eine Stunde und zwei warteten wir. Da strahlte hell die Sonne. Die Berge glänzten wie ehedem. Wir schaukelten die Türen frei, schnalsten die Stier unter die Füße und eilten in großen Lehren tobelschwärz der Waldregion zu. Zwei Stunden Abfahrt und wir waren geborgen!

Da trotzte der Berg, der alles verhielt: Berge, Hänge, langgestreckte Steilabfälle, tiefe Abflüsse und laminengefährliche Lohel. Wir verlangsamten unser Tempo. Dichter verhängte es sich. Der Vordermann war nicht zu erkennen. Die Rufflöcher mußte helfen. Aber sie verlagte aus irgendeinem Grunde. Schrittweise tappten wir abwärts. Gefühlsmäßig. Der nahe, rettende Maß wurde weit! Selbst mit einem Male hauste der Sturm wieder auf. Schneesturm! Schneesturm im Freien! Wir wurden umgeworfen, schwanken auf und stürzten. Wir bissen die Zähne auf einander und kämpften.

Bis die Nacht kam. Dann beschloßen wir Notgedrungen zu bivouacieren. Schneemassen begruben uns. Auf den Skiern kauerten wir. Kälte drang durch die nassen Kleider in die Körper. Entsetzlich kalt wurde es. Ueber uns wühlte Dampf das Unwetter. Das Licht einer Taschenlampe flammte gespenstlich auf. Wir fanden auf Auswege. Im Schnee zu hocken bedeutete sicheren Tod! Eine lange Nacht lag vor uns. ... Fürchterliche Stunden kamen und gingen. Minuten wurden zur Ewigkeit. Schlafen wollten wir, schlafen. ... Aber der Wille zum Leben hielt uns wach. ... Leben wollten wir, leben! Jedoch, es wurde so schön warm. ... Ankleiden! Erst versuchte wir es mit Wigen und Joten. Dann zankten wir und schlugen uns. Wir klagten uns an. In guter Zeit philosophierten wir. Tage der Kindheit, Wochen in den Städten, Jahre der Arbeit, Erinnerungen tauchten auf. Ein Anstößkopf vergangener Zeit lag vor den Augen. Vieles versprachen wir uns für die Zukunft, auf die wir hofften, an die wir aber nicht glauben konnten.

Vierzehn Stunden lagen wir da. Der Sturm hatte längst nachgelassen. Aber wir waren zu schwach, uns zu erheben. Unsere Gesichter trugen deutliche Merkmale der Nacht am Rande des Todes. Angst, Entsetzen, Beklemmung, Beistimmung drückten die Wienen aus. Die Glieder waren steif und gefühllos. Aus den Nasen stoch das Blut. Der Atem war schwer, stoßweise.

Wir rafften uns auf und stiegen durch den Schnee zum Licht. Da ... keine hundert Meter vor uns lag eine schüpernde Almhütte. Stunden haben wir benötigt, um nach der Wiese zu gelangen. Vor der Tür brachen wir nieder. So fanden uns rettende Freunde: Einer war tot, ertrorren. Der zweite hustete hoch und schwer. Anzeichen einer Lungenentzündung. Er starb wenige Wochen später. Der dritte hatte ertrorrene Beine und Hände, die ihn noch hautbehindern. Ich, der Schwächste, kam mit vielen Frostballen und einer tüchtigen Müllmenge davon.

Stunden haben wir benötigt, um nach der Wiese zu gelangen. Vor der Tür brachen wir nieder. So fanden uns rettende Freunde: Einer war tot, ertrorren. Der zweite hustete hoch und schwer. Anzeichen einer Lungenentzündung. Er starb wenige Wochen später. Der dritte hatte ertrorrene Beine und Hände, die ihn noch hautbehindern. Ich, der Schwächste, kam mit vielen Frostballen und einer tüchtigen Müllmenge davon.

1925 rollten wir eines Schneeschwangers-Januarmorgens schwerbeladen auf zwei Planwagen die schnur gerade Landstraße von Berden nach Burgshude. Die Oberbürger Herde griffen tüchtig aus. Die Straße war aner und eben. Neben uns, auf den Böden, schlüpfen sich jottische Hunde unbefürterter Kasse. Wir hatten Ge-

trende geladen. Kocharbeit und die gemohnte einträgige Straße machten uns schläfrig. Wir tranken tief in die stiftigen Schafpelze, denn Nordwind trieb kalte folzige Luft von der Nordsee her.

Gegen zwanzig Kilometer machten wir in leichtem Trab gefahren sein, als die Hunde unruhig wurden. Haulend sprangen sie von den Wagen, saßen nach dem Straßengraben, wimmelnd und scharrnd. Auch die Pferde wurden unruhig. Ihre Köpfe blähten sich, sie bäumten auf. Vom Himmel rieselte es dicke, nasse Flocken.

Das war los? Es schneite dicht. Der plötzliche Nebel war nichts Ungeordnetes. Aber ... es war unheimlich ruhig. Noch vor Minuten hatte sich das Geäst der toliebenden Laubbäume bewegt. Und Wolkenwände stiegen zur Erde nieder. Boden bildeten sich vom tauenden Schnee. Ein Haie hauste aufgeregt über die Straße. Dohlen strichen laut trählend und seltsam flatternd tief über dem Boden. Wir trieben die Pferde an. Sie wehrten sich und liehen stehen. Schaum stand ihnen vor den Nüsern; sie rissen am Zaumzeug und Jügeln. Auf Peitschenschläge — wir schlugen ungen und leiten — reagierten sie nicht. Sie stampften und bockten.

Ursprünglich legte das Schneien aus. Der Nebel zerriß. Rah und sah lagen ferne Gebäfte. Eigen düster nach des Grau aperner Felderhoden von dem blauen Reif verschneiter Wiesen ab. Von den Mooren dampfte es schwelend. Schwere orangefarbene Wolken standen über uns. Ein leichter Luftzug kam warm von Süden. ... Ebenso schnell aber kühlte das Wetter um. Braulend legte ein heftiger Nordoststurm über das offene Land. Ein Witz juckte grell auf. Dann legte der Sturm aus, um kurz darauf mit unverminderter Heftigkeit wieder aufzubrechen. Eine Wolke mußte zerfallen sein, denn Eisstücke und Gropeln glitzerten mit dem Sturm.

Wir sprangen ab, um den Tieren Decken überzuwerfen. Die Pferde frischen nach uns und ... gingen mit einem Male durch. ... Die Straße zurück mit dem Winde. Das war eine wilde Jagd. Wir rissen an den Jügeln, daß die Tiere fast auf den Hinterrücken hockten. Doch wir waren die Schwächeren. Die Wagen wurden durcheinandergemorien, daß die Sätze plapten. Ohnmächtig liehen wir die Tiere losen. Eine halbe Stunde und länger währte die Jagd. Bis das Handpferd zusammenbrach. Der Vorderwagen stand. Und vor ihm blieben die Böcke des zweiten Wagens zitternd und schweißbedeckt stehen.

Da erst hörten wir wieder den Sturm heulen und gelfern. Die Felze rissen wir uns von den Weibern, um sie den Tieren überzuwerfen, die ängstlich, jonderbar aufwieberten. Ihre Köpfe duckten sie in den Schnee. Die Schontal strecker sie von sich, wie wir es bei Pferden nie geliehen.

Die stete Sorge um die Tiere hatte uns das Unwetter vergessen lassen. Nun jedoch, da wir ohne Peitschzug unter den Planen lagen, bekamen wir übergenug zu spüren. Der Sturm blies uns Gehirnen ins Gesicht, die wie glühende Kugeln stachen. Die Kleider blähten sich auf und wurden feucht. Wir schauten ein schützendes Dach herbei. Schließlich legten wir uns hinter die Sätze und warteten auf das Nachlassen des Naturwrauchs.

Zu einem kamen die Hunde angetrieben, die Schneise zwischen den Beinen die Schanzten nicht an Boden, verhalten knurrend. Sie waren uns nachgelauten, ungeachtet des Watters! Köhlich eine Leistung!

Was ist noch viel zu berichten? Wir sind mit geringem Schaden davongekommen. Aber Planwagen vor uns waren umgestürzt. Den Antiker begraben. Die Kasse wurden mit gebrorenen Knochen ertrorren aufgefunden.

Währung und Außenhandel

Großbritannien und die Weltwirtschaft

Das Jahr 1932 bildete für den Lebensnerv der britischen Wirtschaft, den Außenhandel, die Probe aufs Exempel, ob der verhängnisvolle Schritt der Abkehr vom Goldstandard und die Schwenkung zur Schutzpolitik zu einer Gesundung des tranken britischen Wirtschaftskörpers geführt haben.

Die Welt außerhalb des britischen Inselreiches wird zunächst feststellen müssen, daß die Abwertung des britischen Pfundes, die automatisch eine ganze Anzahl anderer Währungen in den Strudel des Wertverfalls hineinriß, die internationale Krise ungemein verschärfte hat. Bisher aber schon die Währungsabwertung eine hohe Zollbarriere für die Einfuhr der „Goldländer“, so mußte Englands plötzliches Absinken zum Hochdrucksystem, das innerhalb kurzer Zeit lädenlos durchgeführt wurde, neue schwere Störungen im Weltmarkt hervorrufen. Schließlich kann auch die Welt außerhalb des britischen Imperiums die Verträge von Ottawa nicht anders ansehen, als daß sich Großbritannien mit seinen Dominien so reibungslos wie möglich durch die Krise schlingeln möchte, ohne sich um das Schicksal der übrigen Länder zu kümmern.

Großbritannien hat in der Krisenüberstufung von 1932 nicht den Delahauptmann abgegeben, der mit seiner Mannschafft an die bedrohlichsten Stellen eilt, um einen Dammbau zu verhindern; vielmehr gleicht es einem Delahauptmann, der sich mit einigen Wenigen hinter einem Wall in Sicherheit zu bringen sucht, die übrigen aber ihrem Schicksal überläßt.

Aber das Ausland, das Englands währungs- und handelspolitische Maßnahmen seit der Abkehr von der Goldwährung im Interesse der Weltwirtschaft nur negativ beurteilen kann, ist auch beim besten Willen nicht in der Lage, aus der Entwicklung der letzten Jahre einen Gewinn für England selbst ausfindig zu machen. In der britischen Öffentlichkeit war man nur zu leicht geneigt, aus dem summarischen Siffern der Handelsbilanz einen Erfolg der Pfund- und Zollpolitik herauszulesen. Hier war aber der Wunsch der Vater des Gedankens. Auf den ersten Blick mag es so scheinen, als ob die Handelsbilanz sich besonders gegenüber dem Statistischerjahr 1931, aber auch im Vergleich mit den vorhergehenden Jahren erheblich verbessert hat, da die Passivität, der Einfuhrüberschuß, ganz erheblich abgebaut werden konnte. Die britische Handelsbilanz stellte sich auf

	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr- überschuß
	(alles in Millionen Pfund)		
1929	1221	839	382
1930	1044	658	386
1931	861	454	407
1932	703	416	287

Bei diesen Zahlen ist zu berücksichtigen, daß die Ein- und Ausfuhr 1929 bis 1931 — wenigstens bis zum 18. September 1931 — auf Goldpfunden zu 20,40 Mk. basierte, 1932 aber das Papierpfund nur noch mit einem Durchschnittskurs von etwa 14 bis 14,30 Mk. bewertet werden kann. So gesehen sind die Verschleudungen im britischen Außenhandel noch viel stärker, als sie in den Fundamenten zum Ausdruck kommen.

Die Einfuhr ist, in Goldmark umgerechnet, von 17,5 auf rund 10 Milliarden, also um 43 Proz. gesunken.

Geradezu unheimlich wirkte sich die Einfuhrdrückung durch Währungsverfall und Zölle bei den Halb- und Fertigfabrikaten aus. Hier sind die Einfuhren von 244,3 auf 143,9 Millionen Pfund zurückgegangen oder in Goldmark ausgedrückt: von 4,98 auf 2,08 Milliarden. Das bedeutet, daß England seinen Import an Fertigwaren um annähernd 60 Proz. gegenüber 1931 eingengt hat. Deutschland, das 1931 noch über eine Milliarde Mark an Waren nach England exportierte, dürfte im letzten Jahr nur wenig über 400 Millionen Mark Exportwert hinausgekommen sein. Einige Ausfuhrindustrien, Textilgewebe und Eisenbahnwagen, die hauptsächlich den britischen Markt beliefern, haben mehr als 80 Proz. gegenüber 1931 verloren. Verhältnismäßig gering ist auch unter Einschaltung der Pfundabwertung der Rückgang der Rohstoffeinfuhr geblieben (140,9 gegen 147,3 Millionen Pfund). Hier zeigt sich, daß gegen 1931 die industrielle Beschäftigung im Inland verhältnismäßig stabil bleiben konnte, was sich auch aus der Bewegung der Arbeitslosenziffern ergibt. Dagegen hat sich die Erwartung der englischen Industrie, durch die gewaltsame Einfuhrdrückung eine zusätzliche Beschäftigung zu schaffen, nicht erfüllt. Nur in einigen Industrien hat sich der Beschäftigungsgrad — und auch dann nur vorübergehend — gebessert.

Die Lohnabnahmewelle, die im letzten Jahr zu einer Kaufkraftschrumpfung der arbeitenden Massen von 245 000 Pfund Sterling je Woche einfallen geführt hat

— das entspricht bei der geringen Bevölkerung des Pfundreiches im Inland einer Kaufkraftschrumpfung von 245 Millionen Goldmark allein im letzten Jahr —,

spiegelt sich in einem scharfen Rückgang der Lebensmittelimporte von 296,6 auf 239,3 Millionen Pfund wider.

Auf der Exportseite der Bilanz fällt eine kräftige Belebung der Textilausfuhr auf, wie über-

haupt nur der Export von Konsumgütern von der Pfundabwertung profitieren konnte. So ist der Export von Baumwollwaren gegen 1931 bei Garnen von 133,5 auf 141,6 Millionen Pfund (453 Gramm) erhöht und bei Webwaren von 1,71 auf 2,19 Milliarden Quadratyards. Hier hat England besonders in den Ländern an Boden gewinnen können, die sich gleichfalls im Währungsverfall befinden. Während man aber allgemein annahm, daß England am ehesten bei seiner Kohlenausfuhr eine „Exportprämie“ aus der Pfundabwertung ziehen würde, da hier sämtliche Produktions- und Frachtkosten in Papierpfunden kalkuliert werden konnten, ist das Ergebnis der Kohlenausfuhr geradezu sensationell. Der Kohlenexport hat seinen Rückgang auch im letzten Jahr um fast 10 Proz. fortgesetzt und ist auf 38,8 gegen 42,7 Millionen Tonnen gesunken und liegt um knapp 36 Proz. unter der schon stark gedrückten Ausfuhr des Jahres 1929. Auch die Ausfuhr der übrigen Produktionsmittelindustrien, des Maschinenbaues und der Eisen- und Stahl-

industrie, hat den bisherigen Krebsgang fortgesetzt.

Für den Export im ganzen ist festzustellen, daß es England nicht gelungen ist, die Schrumpfung des Welthandels mit Hilfe der Pfundabwertung von seiner Ausfuhr fernzuhalten. In Goldmark gerechnet ist Englands Export von 8,7 auf 5,8 Milliarden gesunken, also um mehr als 33 Proz.

Die Exportverluste Englands erreichen also 1932 fast die Schrumpfung des deutschen Exportes, obwohl dieser im Gegensatz zu England im vorhergehenden Jahr 1931 noch einen verhältnismäßig hohen Stand behaupten konnte. Das einzige positive Ergebnis der britischen Handelsbilanz bleibt also die erhebliche Senkung des Einfuhrüberschusses von 407 auf 287 Millionen Pfund. Die Frage bleibt aber noch offen, ob England damit schon in der Lage ist, seine Zahlungsbilanz für 1932 auszugleichen, da besonders bei dem Posten „ausländische Zinszahlungen“ ganz bedeutende Ausfälle zu erwarten sind. B—e

Eine Hungerstatistik

Frischmilchabsatz sinkt weiter — Ein neues Volksnahrungsmittel?

Die deutsche Milchwirtschaft ist in eine Zange geraten. Die unermesslichen, von den Großagrarern diktierte Agrarpolitik der letzten Jahre hat die Futtermittelpreise in die Höhe getrieben und die Produktionskosten der Milchwirtschaft verteuert. Die Milchverwertung aber ist unter dem Druck der sinkenden Marktpreise immer schlechter geworden. Die Milch und Butter heute weitgehend zum Luxuskonsum zu rechnen sind. Die preussische Milchstatistik für November bemerkt es nur nebenbei.

Die gesamte Milchlieferung ist im November 1932 mit 155,5 Millionen Litern noch etwas größer gewesen als im November 1931 (154,5 Millionen Liter). Aber der Abzug von Frischmilch war um 10 Proz. niedriger als im Vorjahre; gegenüber Januar 1931 war der Frischmilchabzug von November 1932 sogar um 16 Proz. kleiner. Besonders stark war der Rückgang des Frischmilchabzuges in den industriellen Gebieten, in Hannover, Westfalen und Rheinprovinz. Auch in Berlin war der Rückgang stark, als dem Durchschnitt entspricht; es wurden im November 1932 13 Proz. weniger Frischmilch abgeholt als im November 1931. Der Abzug der hochwertigen, aber teuren Flaschenmilch ist im allgemeinen um 20 Proz. in Berlin, Brandenburg und Schleswig-Holstein aber um mehr als 25 Proz. zurückgegangen. Das sind deutliche Hunger Symptome in der Milchversorgung der breiten Massen.

Man wird von der Milchwirtschaft immer wieder betont, daß die Milchverwertung nur im Abzug von Frischmilch rentabel sei. Von 100 Litern angelieferter Milch werden aber jetzt nur noch 31 Liter frisch abgeholt; 64 Liter werden zu Butter und Rahm und 4 Liter zu Käse verarbeitet.

Bei der Verarbeitung der Milch zu Butter bleiben große Mengen Magermilch (in Deutschland jährlich 7 Milliarden Liter) übrig, die nicht rentabel unterzubringen sind. Früher wurde die Magermilch verfüttert; das erscheint aber auch nicht mehr lohnend, nachdem die Fleischpreise infolge der Massenarbeitslosigkeit so stark gesunken sind. Die Getreidepreispolitik der Großagrarier hat diese Lage heillos verschärft.

Jetzt versucht die Milchwirtschaft im Verein mit der Ernährungswirtschaft, für die Magermilch eine andere Verwertungsmöglichkeit zu schaffen. Man hat ein neues Nahrungsmittel „Magermilch“ — das ist pulverisierte Magermilch mit Lecithin — herausgebracht, mit dem eineinhalb Liter, nachhafte Suppen (6 Teller kosten 25 Pf.) hergestellt werden sollen. Ob dieses „Magermilch“ zum Volksnahrungsmittel wird, darüber werden die Hausfrauen entscheiden. Wenn es einschlägt, kann vielleicht die Magermilchverwertung günstiger werden. Aber eine Besserung der Lage der Landwirtschaft, insbesondere der Milch- und Viehwirtschaft, kann erst eintreten, wenn die Marktpreise sich heftig unerträglich ist, die deutsche Agrarpolitik, die nur den Großagrarern dient, endlich umgestaltet.

Sabotierte Siedlung

Preußen und die Siedlungs-Treuhand G. m. b. H.

Die Siedlungs-Treuhand G. m. b. H., die nach den Ideen von Professor Franz Oppenheimer großbetrieblich siedelt, selbst noch immer unter den Folgen der neupreußischen, d. h. kommunistischen Förderung nach Beilegung des leitenden Direktors Dr. Dyl. Diese Förderungen stützten sich teilweise auf Beschuldigungen des fristlos entlassenen Angestellten Dr. Alexander Hirsch.

Vor dem Berliner Arbeitsgericht wurde dessen Einspruch gegen die fristlose Entlassung jetzt als unberechtigt abgelehnt, nachdem festgestellt wurde, daß alle Beschuldigungen, besonders die behauptete Anheftung von Rollen an den Oppenheimer Gütern, falsch waren. Freilich konnte auch das Arbeitsgerichtsurteil an dem nie bestrittenen Tatbestand nichts ändern, daß Dr. Dyl seit den Friedensverträgen nicht mehr Deutsch-Österreicher sondern durch politischen Zwang polnischer Staatsangehöriger ist.

Wir sind der Meinung, daß es auch die autoritäre neupreußische Verwaltung jetzt für billig halten sollte, unter das Kapitel Dyl einen diesen Strich zu ziehen, nachdem diesem Manne, dessen Verdienste vom Staat und von allen Sachleuten anerkannt sind nur sein Anwesenpolentum vorgeworfen werden kann. Der preußische Staat, dem seine Führertradition in der Siedlungsfrage heilig sein sollte, legt sich sonst dem kaum mehr abzumahnenden Vorwurf aus, mit dem Kampf gegen Dyl die Siedlung selbst sabotieren zu wollen.

Reichsbahn und Gereke

Elektrifizierung als Arbeitsbeschaffung

Zwischen der Reichsbahn und dem Reichskommissar Dr. Gereke sind zur Zeit intensive Verhandlungen wegen der Elektrifizierung von Eisenbahnstrecken im Rahmen der sofortigen Arbeitsbeschaffung im Gange.

Die Reichsbahn hat beantragt, daß aus dem 500-Millionen-Fonds des Sofortprogramms von

Elektrifizierungsarbeiten auf der Strecke Augsburg—München und Augsburg—Aachen—Halle Mittel zur Finanzierung bereitgestellt werden. Die Gesamtkosten dieser beiden Projekte stellen sich auf etwa 40 Millionen, von denen etwa 32 Millionen Mk. auf die Strecke Augsburg—München entfallen. Werden diese beiden Projekte ausgeführt, so würde die Elektroindustrie, die bei dem bereits in Abwicklung begriffenen Beschaffungsprogramm der Reichsbahn in Höhe von 280 Millionen Mk. so gut wie gar nicht berücksichtigt wurde, mit Aufträgen von rund 16 Millionen rechnen können, da erfahrungsgemäß ihr Anteil an derartigen Arbeiten 35 Proz. aus-

Maschinenbau wie 1895!

Exporthoffnungen durch autoritäre Handelspolitik vernichtet

Vom Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten wird geschrieben:

„Der Eingang von Aufträgen aus dem In- und Ausland nahm im Dezember weiter zu und beschäftigte die Projektteilungen der Maschinenfabriken in steigendem Maße. Auch der Zugang neuer Aufträge war in diesem Monat im ganzen etwas stärker als im November.“

Die solche Besserung des Geschäftes reichte aber noch nicht aus, um eine Aufhebung von Betriebs-einschränkungen in irgendeiner nennenswerten Umfang herbeizuführen. Der Beschäftigungsgrad hielt sich daher ziemlich unverändert auf 31 Proz. der Normalbeschäftigung.

Ein Rückblick auf das Jahr 1932 zeigt, daß sich der Gesamtauftragsbestand während dieses Jahres gegenüber dem bereits sehr schlechten Stande des Jahres 1931 noch um weitere 40 Proz. vermindert hat.

Der Beschäftigungsgrad betrug Mitte des Jahres nur noch 29,6 Proz. Die Produktion erreichte kaum die niedrige Produktionshöhe des Jahres 1895. Die aus einer letzten Besserung der Weltmarktlage kommenden Ansätze zu günstigerem Auslandsverkehr wurden durch vermehrte Handelshemmnisse des Auslandes und durch die schweren Störungen vermindert, welche

machte. Außerdem würden, wie dies bei den bisherigen Elektrifizierungsarbeiten der Fall war, 48 weitere Industriezweige aus dieser Arbeitsbeschaffung Nutzen ziehen.

Der Kabinettausschuß, der für die Fragen der Arbeitsbeschaffung gebildet ist, wird voraussichtlich noch in dieser Woche über diesen Antrag der Reichsbahn Beschluß fassen.

Italienische Wirtschaft

Stützung der Industrie

Eigener Bericht des „Vormärts“

Rom, 26. Januar.

Die am Sonnabend im Ministerrat beschlossenen finanzpolitischen Maßnahmen verstärken außerordentlich die Kontrolle des Staates über die Privatindustrie, der mit dieser Kontrolle aktiv und direkt der Industrie zu Hilfe kommt, was auch in den Pressekommentaren offen zugegeben wird.

Ein neues halbamtliches Finanzinstitut für den finanziellen Wiederaufbau wird gegründet, bestehend aus zwei selbständigen Abteilungen mit eigener Finanzverwaltung. Die eine dient für industrielle Finanzierungen, die andere für industrielle Entlastung und Liquidation.

Die erste und wichtigste Abteilung ist ein größeres Schwelleninstitut des vor einem Jahr errichteten halbamtlichen „Istituto Mobiliare“. Während dieses nur Kredite auf längstens zehn Jahre an die Industrie gewähren kann, bietet das neue Institut langfristige Kredite bis zu 20 Jahren an Industrieunternehmungen zum Zwecke des technischen und finanziellen Wiederaufbaus an. Da die von halbstaatlichen Kassen gezahlten 100 Millionen Lire als Gründungskapital zu diesem Zweck nicht genügen, kann das Institut Anleihen von 15 bis 20 Jahren Laufzeit aufnehmen. Sie werden — das ist das Wichtigste — vom Staat garantiert, der damit ein großes Risiko übernimmt.

Die zweite Abteilung erlegt das aufgelöste Liquidationsinstitut. Dessen Aktien und Passiven gehen auf die neue Gründung über, dessen Gewinn und Verlust übernimmt der Staat. Er gibt diesem Sanierungsinstitut einen jährlichen Zuschuß von 85 Millionen Lire durch 20 Jahre hindurch.

Die so entstehende noch größere Abhängigkeit der Privatindustrie vom Staat soll durch eine bessere Finanzverwaltung für das Ende der Krise und den Wiederaufbau gebracht werden.

Großhandelsindex sinkt weiter. Die vom Statistischen Reichsamt für den 15. Januar berechnete Indexziffer der Großhandelspreise ist mit 90,1 (1913 = 100) gegenüber der Vorwoche (91,2) um 0,3 Proz. zurückgegangen.

Macht Frankreich Schmelzerleisen? Die Deutsche Handelskammer in Paris hat gegen die von der französischen Regierung erlassenen Ausführungsbestimmungen zum deutsch-französischen Devisenabkommen Protest erhoben. In dem Erlaß der französischen Regierung seien Bestimmungen enthalten, wie sie im sogenannten Kompensationsverkehr (Ausgleich zwischen Ein- und Ausfuhr) mit anderen Ländern angewandt würden. Derartige Bestimmungen aber ständen in Widerspruch zu dem Geist des deutsch-französischen Liefervertrages vom Dezember 1932. — Im Hinblick auf die erheblichen Zugeständnisse handels- und denisepolitischer Art, die Deutschland gemacht hat, kann eine derartige Regelung des Abkommens durch die französische Regierung nicht ohne Widerspruch von deutscher Seite hingenommen werden.

Leningrad wieder ohne Zucker. Im Zusammenhang mit der großen Zuckerknappheit in Leningrad hat der Stadtrat beschlossen, daß die Nichtarbeiterleistungen, das heißt solche, die bürgerlicher Abstammung sind und denen das Sowjetbürgerrecht entzogen ist, fortan keinen Zucker auf ihre Lebensmittellisten erhalten.

fehlerhafte Maßnahmen, wie Ankündigung wirtschaftlicher Kontingenzierung

und überhaupt die Unsicherheit über den Kurs der deutschen Handelspolitik, in das deutsche Exportgeschäft hineinzufragen.

Auf dem Inlandsmarkt aber trat unerkennbar im Gegensatz hierzu in der zweiten Hälfte des Jahres 1932 eine letzte Besserung der Lage ein...

Das sich heroismogende Vertrauen ist in den letzten Wochen einer erneuten Unsicherheit gestehen.

Mit allem Nachdruck muß daher betont werden, daß das Schicksal der deutschen Wirtschaft und die Möglichkeit einer erfolgreichen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit heute mehr als je davon abhängen, ob die Politik der Reichsregierung auf allen Gebieten zielklar und energisch geführt wird.

Die Wirtschaft braucht Ruhe, Stetigkeit und Befreiung von der ständigen politischen Beunruhigung, wofür Wiederaufrichtung und Stabilisierung des Vertrauens, die weitgehend von den Taten und der Energie der Regierung abhängen, die entscheidende Voraussetzung sind.“

Für die Einheit der Arbeiter

Vertrauen zwischen Masse und Führern

Über 400 Betriebsräte aus dem Reich waren gestern im Berliner Gewerkschaftshaus versammelt, um Stellung zu nehmen zu den bevorstehenden Betriebsrätewahlen. Im Namen des ADGB und des IFA-Bundes begrüßte Genosse Leipart diesen

2. Reichsbetriebsrätekongreß

Er setzte sich in seiner Eröffnungsrede mit den Vorwürfen auseinander, die in den letzten Monaten gegen die Gewerkschaftsführer, ganz besonders aber gegen den Vorstand des ADGB, erhoben worden sind. Die Betriebsräte, denen diese gemeinen Verdächtigungen aus der kommunistischen Presse hinlänglich bekannt sind, sollen in der Diskussion offen erklären, ob sie zur Führung ihrer Spitzenorganisationen Vertrauen haben oder nicht.

Das Hauptreferat hielt Genosse Körpel, der die Aufgaben der Betriebsräte

die Aufgaben der Betriebsräte

und die Bedeutung der diesjährigen Betriebsräte-wahlen klar herausstellte.

Die Heberwachung der Durchführung der Tarifverträge, die Mitwirkung bei der Regelung der Arbeitsbedingungen, die Vereinbarung über tariflicher Zulagen, die Verhandlungen mit dem Unternehmer, der die Löhne abbauen, Kurzarbeit einführen oder den Betrieb stilllegen will, die Sorge, daß im Falle von Kurzarbeit die Belegschaftsangehörigen rechtzeitig ihre Kurzarbeiterunterstützung erhalten, die Wahrnehmung der Interessen der Jugendlichen, die Heberwachung der Unfall- und Gesundheitschutzmaßnahmen, die Durchführung des Entlassungsschutzes, die wirtschaftlichen Aufgaben aus dem Betriebsrätegesetz und was sich täglich im Betriebsleben ergibt, das ist das Tätigkeitsgebiet der Betriebsvertretungen. Aber gerade wegen dieser

Vielfältigkeit der Aufgaben

ist es notwendig, die Betriebsräte auch in die Lage zu setzen, sie wirklich erfüllen zu können. Ihre einjährige Amtsdauer ist dazu zu kurz. Der Gewerkschaftskongreß in Frankfurt a. M. 1931 hat daher die Forderung an den Gesetzgeber gerichtet, die Amtsdauer der Betriebsvertretungen auf zwei Jahre zu verlängern.

Der Einwand, die Gewerkschaften wollten die Betriebsräte „bürokratisieren“ und sie den Belegschaften entfremden, ist vollkommen unzutreffend. Im Gegenteil, die Gewerkschaften legen außerordentlichen Wert auf die ununterbrochene Zusammenarbeit zwischen Belegschaften und Betriebsvertretungen. Durch eine zweijährige Amtsdauer wird aber eine solche Zusammenarbeit in keiner Weise gestört. Auch von dieser Konferenz ist an den ordentlichen Gesetzgeber die Forderung zu richten, durch eine Verlängerung des Betriebsrätegesetzes die zweijährige Amtsdauer vorzuschreiben.

Wir haben in Deutschland politische Parteien, Gewerkschaften und Betriebsvertretungen, die jeder für sich besondere Aufgaben zu erfüllen haben.

Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterklasse in den Betrieben hat mit Parteipolitik nichts zu tun.

Die Belegschaften müssen sich daher mit aller Energie dagegen wehren, daß Kommunisten und Nationalsozialisten das Betriebsrätegesetz benutzen, um ihre parteipolitischen Ziele zu fördern. Die sogenannten Einheitslisten der Kommunisten kommen für Gewerkschafter nicht in Betracht. Kein Gewerkschaftscolleg hat auf einer sogenannten „Einheitsliste“ etwas zu suchen; jeder Gewerkschaftscolleg, der anders handelt, verstößt gegen die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses in Leipzig 1922. An verschiedenen Beispielen wies Genosse Körpel die

Unfähigkeit der Kommunisten und Nationalsozialisten zur sachlichen Arbeit in den Betriebsvertretungen

nach. Die früheren und auch bereits in diesem Jahr vorgenommenen Wahlen haben bewiesen, daß in entscheidenden Augenblicken die Belegschaften doch mehr Vertrauen zu den freigewerkschaftlichen als zu den roten Betriebsräten haben. 1930 und 1931 waren rund 87 bzw. 84 Proz. aller Arbeiterbetriebsratsmitglieder Freigewerkschafter. Die Kommunisten konnten ihren Anteil nur von 1,5 Proz. auf rund 3,5 Proz. steigern.

Mit dem Vertrauen allein, das ihnen bei den Betriebsrätewahlen entgegengebracht wird, können die Gewerkschaften aber ihre Forderungen nicht verwirklichen. Die Wähler müssen auch aktive Gewerkschaftsmitglieder werden. Die Betriebsräteurnwahlen 1933 müssen wieder unter der Parole der

eines Arbeitsbeschaffungsprogramms und Erhöhung der Kaufkraft einzutreten. Unter diesem Zeichen müssen die Betriebsräteurnwahlen 1933 stehen.

In zwei weiteren instruktiven Referaten wurde von der Genossin Gertrud Hanna die Notwendigkeit der Mitarbeit der Arbeiterinnen in den Betriebsvertretungen aufgezeigt und vom Genossen Bährig die Rechtsprechung zum Betriebsrätegesetz.

Auf die Vertrauensfrage, die Genosse Leipart in seiner Eröffnungsrede an die Betriebsräte gerichtet hatte, erfolgte in der Diskussion von sämtlichen Rednern eine klare Antwort. Alle erklärten, daß sie die Hegekampagne, die von der kommunistischen Presse in den letzten Monaten mit besonderem Eifer gegen die Führer der freien Gewerkschaften betrieben worden sei, aufmerksam beobachtet hätten. In welcher Form aber auch die Meldungen der moskauthörigen Presse darüber erschienen sind, daß der Bundesvorstand des ADGB, insgeheim mit dem Faschismus paktiere und ihm die Mitglieder der freien Gewerkschaften ausliefern wolle, nirgends sind diese Zweifeln von den freigewerkschaftlichen Betriebsräten und den geschulten Gewerkschaftsmitgliedern auch nur eine Minute lang geglaubt worden.

Das Vertrauen zur Führung ist bei den Funktionären und Mitgliedern der freien Gewerkschaften tief verwurzelt.

Dem die Gewerkschaftsführer haben niemals, wie die Führer der rechts- und linksradikalen gewerkschaftsfeindlichen Bewegungen, das Vertrauen ihrer Anhänger schamlos mißbraucht.

Von den Diskussionsrednern wurden zahlreiche Beispiele dafür angeführt, wie gewissenlos gerade die KPD, gegenüber ihren Anhängern zu

handeln vermag. Die Betriebsräte brachten ihr wiederholt befundenes Vertrauen zu den Spitzenfunktionären des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des IFA-Bundes auch zum Ausdruck durch die einstimmige Billigung eines Aufrufes zu den diesjährigen Betriebsräteurnwahlen, in dem alle Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten aufgefordert werden,

die freien Gewerkschaften durch ihren Beitritt zu stärken und nur freigewerkschaftlichen Kandidaten ihre Stimme zu geben.

In dem Aufruf heißt es besonders:

„Der Kampf der Kommunisten und Nationalsozialisten in den Betrieben richtet sich gegen die Gewerkschaften und damit gegen die Interessen der Arbeiterklasse. Nur starke Gewerkschaften können die Interessen der Arbeiterklasse wahrnehmen. Nur aus dem Erfolg der Arbeit starker Gewerkschaften empfangen die Betriebsräte ihre Aufgaben und die Grundlage für deren Durchführung. Es gilt daher die Betriebsräteurnwahlen 1933 durchzuführen unter der Parole

für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung, gegen jede parteipolitische Zersplitterung.

Die Gewerkschaften sind ununterbrochen bemüht, durch Verkürzung der Arbeitszeit, durch wirkliche Arbeitsbeschaffung, durch die Erhöhung der Kaufkraft der Löhne die Vermehrung der Arbeitsplätze und dadurch die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und die Wiederherstellung normaler wirtschaftlicher Verhältnisse zu erreichen. In entschiedenem Kampf ist es den Gewerkschaften gelungen, die Tariflohnminderungs-Verordnung vom 5. September 1932 wieder zu beseitigen. Der Anfang zur Durchsetzung des nächsten Zieltes der Gewerkschaften, alle Arbeiter und Angestellten wieder in

Arbeit zu bringen, ist gemacht. Das meiste Meißel noch zu tun übrig. Aber dieses nächste Ziel ist nur durch die

vollkommene Geschlossenheit der Arbeiterklasse in den Gewerkschaften

zu erreichen. Ohne starke und kampfkraftige Gewerkschaften ist die Arbeiterklasse ein wehrloser Spielball in der Hand ihrer Gegner.

Nach einem kurzen Schlusswort des Genossen Graßmann vom Bundesvorstand des ADGB, wurde die Reichskonferenz mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die freie Gewerkschaftsbewegung geschlossen.

40-Stunden-Abkommen

Die Genfer Beschlüsse

Genf, 23. Januar

Die Konferenz für die Vorbereitung der 40-Stunden-Woche hat am Montag ihre Arbeiten beendet.

Vorher wurden die Grundzüge für die Aufstellung einer internationalen Konvention festgelegt. Sie wurden stets mit gleicher Mehrheit aus Regierungsvertretern und Arbeitern angenommen, während die Unternehmer, mit Ausnahme des italienischen Vertreters, sich der Stimme enthalten. Zur Frage des Lohnausgleichs wurde lediglich eine Empfehlung angenommen, wonach der Lebensstandard der Arbeiter durch die Arbeitszeitverkürzung nicht herabgedrückt werden soll. Unentschieden blieb die Frage, ob die Angestellten in die Konvention aufgenommen werden sollen, da hier die Unternehmer durch Stimmenthaltung die Entscheidung unmöglich machten. Für die Kleinbetriebe sollen Sonderbestimmungen aufgenommen werden.

Unhaltbare Zustände

Vom IFA wird uns geschrieben:

Die gewerkschaftsfeindliche Einstellung der Firma Feurich-Koch & Co. geht so weit, daß sie in ihren Anstellungsverträgen jeden Angestellten unterschreiben läßt, daß er gewerkschaftliche Organisationen für zwecklos (!) halte. Dem entsprechen auch die dort herrschenden Arbeitsverhältnisse. Die Bezahlung liegt durchweg mit 20 bis 30 M. unter Tarif. Die Arbeitszeit wird nicht eingehalten, so daß bereits einmal Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erfolgen mußte. Eine dankbare Aufgabe für die Gewerbeaufsicht wäre die Untersuchung der gesundheitlichen Verhältnisse in den Betriebsräumen, z. B. der kalte Steludaden. Selbstverständlich darf in einem Betriebe wie diesem auch das Kapitel „Kauttionen“ nicht fehlen. Wir überlassen es unseren Lesern, zu entscheiden, ob für eine Filialleiterin eine Kauttion von 2500 M. — sie wird sogar von Bürodienern (!) in nahezu gleicher Höhe gefordert — notwendig ist.

Der Zentralverband der Angestellten wird der weiteren Entwicklung der Verhältnisse in diesem Betriebe besondere Aufmerksamkeit widmen.

Beamte und Krise

Der „aufgeklärte Absolutismus“

Der Gehaltsabbau hat die Beamten, wie alle Kleinverdiener heute, immer weiter in ihrem Lebensniveau herabgedrückt. Dazu kommt, daß die Termine der Gehaltszahlungen nicht nur immer weiter zurückverlegt wurden, sondern daß viele Gemeindebeamte überhaupt keinen festen Gehaltstermin mehr kennen, sondern nur Teilzahlungen auf ihre Gehälter bekommen, mit denen die Amtsstellen seit Monaten im Rückstand sind.

In einem Dreigespräch über „Die deutsche Beamtenschaft in der Krise“, das im Programm des Deutschlandsenders zwischen dem Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes Wilhelm Flügel, dem Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes Genossen Falkenberg und Dr. Hans Koeseler, dem Sachbearbeiter „Stunde des Beamten“ bei dem Deutschlandsender, geführt wurde, kam sehr deutlich zum Ausdruck, welche Belastung dieser Unsicherheitsfaktor für das Wirtschaftsleben darstellt.

Natürlich gab es keinerlei Meinungsverschiedenheit darüber, daß trotzdem und trotz des Gehalts- und Pensionsrückganges der Beruf des Beamten, verglichen mit anderen Berufen, als krisenfest angesehen werden muß. Der Vertreter des Deutschen Beamtenbundes wies darauf hin, daß infolge des Abbaues von Beamtenstellen und der Abtöpfung von Beförderungen die Wirtschaftsbasis der Beamten außerordentlich schwer erschüttert wurde. Genosse Falkenberg betonte, daß eine besondere Gefahr für die Blutauffrischung des Beamtentandes vor allem darin zu sehen sei, daß heute eine Rückwärtsentwicklung im Beamtentum angestrebt werde. Die Beamtentstellung der Frau wird angegriffen, Rechtsansprüche werden abgebaut.

Dr. Koeseler erklärte, daß wir heute in einer Periode des „aufgeklärten Absolutismus“ leben, die die demokratisch-parlamentarische Zeit abgelöst habe. Diese Staatsform habe die Tendenz, die Macht ausmaße des Staates ständig zu erweitern; mit dem stärkeren Anspruch auf autoritäre Entscheidung könne naturgemäß das Recht des Beamten nicht mehr so wie in den ersten Jahren nach der Revolution geachtet werden.

Diese Feststellung eines Beamtenvertreters dieses Systems des „aufgeklärten Absolutismus“ war besonders interessant, weil sie alle Befürchtungen bestätigte, die Genosse Falkenberg geäußert hatte.

Beamtenschutz

Die in Berlin versammelten Betriebsrats- und Beamtenschaftsmitglieder des Gesamtverbandes, die an der Reichskonferenz der Betriebsräte des ADGB und IFA-Bundes teilnahmen, protestierten auf das entschiedenste gegen jede weitere Verschleppung der Verabschiedung eines einheitlichen Beamtenschutzgesetzes.

Diese Rechtsunsicherheit und Rechtslosigkeit der Beamten und Beamtenschaftler auf dem Gebiete der Betriebsvertretungen muß auf dem schnellsten Wege beseitigt werden. Die Delegierten des Gesamtverbandes forderten daher die beschleunigte Verabschiedung eines einheitlichen Beamtenschutzgesetzes. Bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes müssen die Schutzbestimmungen des Betriebsrätegesetzes auf alle noch nicht auf Lebenszeit angestellten Beamten und auf die Beamtenschaftler sich erstrecken.

Am die Gratifikation

Stadtbank muß zahlen

Die Angestellten der Stadtbank der Stadtgemeinde Berlin haben seit 1926 alljährlich eine Gratifikation erhalten, die je nach der Höhe des Jahresgewinns und nach der Dauer der Dienstzeit abgestuft bemessen wurde. Auch im Jahre 1931 wurde ein Betrag von 70 000 Mark zu Gratifikationen in Höhe eines Viertelmonatsgehalts bereitgestellt, jedoch nicht ausgezahlt, da der

Oberpräsident die Auszahlung unterlagte.

Das Arbeitsgericht verurteilte die Stadtbank zur Zahlung, die daraufhin Sprungrevision einlegte, um ihre Zahlungsverpflichtung durch das Reichsarbeitsgericht klarzustellen.

Der Streit dreht sich darum, ob im Hinblick auf das jederzeit mögliche Eingreifen der Aufsichtsbehörde ein Recht auf Zahlung der Gratifikation, die jahrelang vorbehaltslos erfolgt war, besteht.

Die Angestellten wurden in diesem Rechtsstreit von dem Rechtsanwalt Genossen Dr. Fraenkel, Berlin, vertreten. Er verlangt in längerer Revisionsbegründung eine Entscheidung zugunsten der Angestellten und Zurückweisung der Revision der Berliner Stadtgemeinde.

Das Reichsarbeitsgericht wies die Revision zurück. Die Kläger hätten einen rechtlichen Anspruch auf die Gratifikation, und die Stadtbank sei deshalb verpflichtet, den Beklagten die Gratifikation zu zahlen.

Goethe-Tribut des Staatstheaters

Faust — zweiter Teil

Hätte Goethe hundert Jahre oder noch länger über seinen Tod hinaus gelebt, er würde, träumerisch, philosophisch tätig, forschend nach Wirklichkeit und schließlich auch prophetisch, sein „Hauptgeschäft“ weiter betreiben haben. Sein Hauptgeschäft war die Arbeit an der Faust-Dichtung.

Denn Grundgedanke des Werks, das niemals enden sollte, niemals enden konnte, ist seine weltumspannende Allgemeingültigkeit. Der verjüngte Doktor Faust, der sich in die Schlingen der Verliebtheit begibt und Süßigkeit und Verbitterung durchkostet — dieses Thema hätte und hätte den novellistischen Gestaltern des interessanten Sagenstoffs genügt. Da Goethe aber alt geworden war, olympisch und patriarchalisch, ein erfahrener und erprobter Ueberwinder von Welten und Ueberwelten, fand er die kleine Liebes- und Zaubersanktion von dem Magier Schal. Er verwandelte den Magiersput in ein Menschengeschick.

Faust hat zwar einmal seine Seele an den Teufel verhandelt, dann aber will er dieser Schicksal entfliehen. Das Höherhinaus, das ins Unmögliche hinauf bedeutet für ihn: alle Schicksalsfügungen auffangen, nach dem Sinnabenteuer den Sinn eines Abenteurers, des politischen und des ökonomisch schöpferischen, des reaktionären und des revolutionären, des Energieabenteurers und des Größt-Abenteurers, praktisch erleben und geistig erfassen.

Weil der zweite Faust-Teil alle solche Daseinsbeziehungen eines unerschöpflich schöpferischen Genies streift, mehr als streift, bis auf ihre tiefsten Ursachen skelettiert und aus dem Verborgensten die Vollkommenheit und Klarheit hervorschaukelt, konnte dieser zweite Teil eben nur einem so langlebigen, einem so tausendfältig entfalteten Dichter gelingen. Goethe hat denn auch am zweiten Teil des „Faust“ bis zu dem Augenblick gebüht, da seine Lebenshorizonte sich verdunkelten. Er schied von dem Werke, das mit Faustens Verklärung schließt, in dem Gefühl der Trauer und des Reids auf jenen Methusalem, der in Ewigkeiten zurückbliden und deshalb auch in Ewigkeiten vorwärtsbliden dürfte. Untergang des Morgenlandes, Aufgang des Abendlandes, soweit reicht die Erbgeschichte, an der Goethes „Faust“ beteiligt ist. Untergang des Abendlandes, Aufgang eines neuen Morgenlandes, das den technisch verfeuchteten, zivilisatorisch vergreisten, moralisch und sozial verkommenen Westen für eine verjüngte und modern vermenslichte Kultur rettet, das wäre vielleicht der dritte „Faust“-Teil geworden, hätte Goethe die Jahre des Methuselems erreicht.

Das jetzt im zweiten Teil Vorhandene läßt sich auf der Bühne wunderbar aufführen. Es ist nicht, wie man meint, nur abstrakte Abhandlung in schwerlich verständlichen Reimen. Es kann plastischste und köstlichste Handlung sein. Nur müssen die Bühnenbildner und Wortbildner gefunden werden, die dem Dichter gehorsam zu folgen vermögen. Da hat denn der Bühnenbildner Theo Otto sich prächtig bewährt. In seiner Phantasie und Hand wird die Maschine zum märchenhaft mandorlierten Instrument, die Bewegungsmaschine und die Lichtmaschine. Goethe dichtete für eine Bühnentechnik, die der seiner Zeit um ein Jahrhundert voraus war. Er dachte nicht nur an eine Maschinerie, die auf der Fläche alles möglich macht. Er bildete sich eine Bühne ein, die um ihre Tragfläche kreisen kann, steil nach oben bis in Wolkenhöhen, steil nach unten bis in unbekannte Schächte, und er ist auch darin ein Neuerer, daß er dem Bühnentechniker solche Aufgaben stellt. Heute erfüllt ihm der Bühneningenieur Theo Otto jeden Wunsch. Der Projektionsapparat, der sogar plastische Illusionen erzeugt, funktioniert unter seiner Führung herrlich. Die Goethe-Bühnen, ohne die auch die Rheinwald- und Götterdämmerungsoffizien Richard Wagners nie erblickt wäre, wird sichtbar Wirklichkeit. So werden Glanz und Grauen der klassischen Walspurgisnacht möglich, möglich auch, daß aus griechischer Landschaft und Architektur deutsche Landschaft und mittelalterliche Innenburg herauswachsen, ohne daß kindlich wirkende Primitivität zu belächeln wäre.

Gustav Lindemann, mit der seligen Luise Dumont Erzieher einer über ganz Deutschland verstreuten Schauspielergeneration, ist Dramaturg des Textes, und auch am Staatstheater mit dem Ehrenamt des Gastregisseurs beauftragt. Was er an Eigenem bringt, ist lobenswert im Plan, ist respektvoll, weil der Regisseur durch echtes Einfühlen in den Goethe-Geist eindringt. Doch Lindemann wird selbstgenügsam, ja geradezu hausbacken, sobald das Magische, das Uebermenschliche, das Gespenstliche der Dichtung geweckt werden soll. Die Bewegungsschöre seiner antiken Unterweltgeister, die Maskeraden, die er beschwingen soll, kurz aller Nummernschanz und alle Nummernheit, das bietet, so wie Lindemann es präsentiert, geringe Augenweide, oft geradezu groteske Banalität. Jüngt dieses ganze Chorvolk gar erst zu reden an, dann verläßt den Regisseur der musikalische Sinn. Alles Optische war von modernster Großartigkeit, das meiste Akustische von provinzieller Unzulänglichkeit.

Die Solisten: Bis Werner Krauß zum faustischen Menschen wird, ist er eine Zeitlang nur die Theaterfigur Faust. Das wird so vom Stücke verlangt, und man darf es dem Darsteller nicht vorwerfen. Aber Krauß will alle Kraft auf die Sterbe- und Erlösungslegende aufsparen, zusammenfließen will er den Sinn seiner letzten Worte

schmettern, raketenartig will er die letzten Pointen springen lassen. Er jängt also zu deklamieren an. Das ist hohe Schule, aber auch alte Schule deshalb, weil nach dem Text nicht ein salbungsvoller Maralst, sondern ein verblühender Mensch hintritt. Gründe hat seinen Methyisto äußerlich geschickt disponiert. Famos ist alles rein Körperliche: die harte Schnelligkeit der Glieder, die große Kraft des Schädels, die gefurchte Bosheit der Stirn, die zinkernde Pfiffigkeit des Auges, das Händepfeifen des Gauklers. Die schrille Schneidigkeit der Stimme zerstückt die Hörnerneben zunächst so mellerisch, daß sich körperliches Unbehagen

in ästhetisches Behagen verandelt. Am Ende hat er sich allerdings überschrien, und man behauert, daß Natur und Kunst nicht mehr zusammenklagen. Leonore von Mendelssohn hat Mühe, als Helena den antiken Tragödiennot durchzuhalten. Ein zartes, bürgerliches Temperament kann sie nicht bis zum Unholden und Mystischen steigern. Mühe als Agneta, Harlan als Balthasareus, Minetti als Wagner, Max Pohl als Philemon, Maria Koppenhöfer als Sorgenhege, das waren alles Leistungen, die für Minuten starke Eindrücke vermittelten.

Max Hochdorf.

Krach bei Nazistudenten

Nationalsozialistische Verlegenheitsreden

Wir haben zu unserem Aufsatz über den Krach bei den Nazistudenten die folgende Berichtigung erhalten, die mit eiserner Stirn Tatsachen abzustreifen sucht:

1. Es ist unwar, daß in der Deutschen Studentenschaft ein großer Krach ausgebrochen ist. Wahr ist vielmehr, daß das Verhältnis aller Führer und Mitarbeiter der Deutschen Studentenschaft zueinander, insbesondere das Verhältnis des Nationalsozialistischen Studentebundes zu den Korporationen nach wie vor ein gutes ist.
2. Es ist unwar, daß unter meiner Führung die meisten Posten der studentischen Selbstverwaltung von Nazis besetzt wurden. Wahr ist, daß die Stellenbesetzung vollkommen paritätisch vorgenommen wurde.
3. Es ist unwar, daß zum Reichsgründungstage die Deutsche Studentenschaft und der NEDStB getrennte Kundgebungen veranstaltet hätten. Wahr ist vielmehr, daß keine dieser Organisationen eine Reichsgründungsfeier abgehalten hat.

Leiter des Kreises X (Brandenburg) der Deutschen Studentenschaft.
Herbert Guthjahr.

Diese Berichtigung ist nicht nur ein Zeichen für das schlechte Gewissen der Kreisleitung der Deutschen Studentenschaft, sondern bestärkt auch die von uns mitgeteilten Tatsachen. Wir haben z. B. nicht behauptet, daß die Deutsche Studentenschaft und der Nationalsozialistische Studentebund „getrennte Kundgebungen veranstaltet“ haben. Wir berichteten nur, daß eine gemeinsame Kundgebung der Verbände in der Deutschen Studentenschaft nicht zustande kam. Geradezu lässlich aber ist die Behauptung der Deutschen Studentenschaft, daß „das Verhältnis des Nationalsozialistischen Deutschen Studentebundes zu den Korporationen nach wie vor ein gutes ist“. Alle Welt weiß von den Kämpfen zwischen den Korporationen und den Nazistudenten — nur Herr Guthjahr (Nazi) nicht.

Gajda verhaftet

Der gescheiterte Putsch

Prag, 23. Januar.

Der Faschistenführer Egeneral Gajda ist verhaftet. Gajda behauptet, von dem Putschversuch gegen die Kaserne, den er als Wahnsinnstakt verurteilt, keine Kenntnis gehabt zu haben, aber er bleibt wegen des Verdachts der Mitwisserschaft in Haft.

Auch Gajda wollte am Sonntag in Brünn, wo er an einer Besprechung der Faschisten in der Wohnung seines nahen Verwandten, des Zahn-technikers Gaidl, teilgenommen hat. Gaidl war an dem Angriff auf die Kaserne beteiligt. Als er und der Rädelführer erkannten, daß der Putsch mißlungen war, flüchteten beide mit einem Auto nach Brünn. Hier erlachte Gaidl seinen Chef um Geld für die faschistische Bewegung. Der Zahnarzt gab ihm einen Gehaltsvorschuß von 500 Kronen. Später erlachte er Anzeige bei der Polizei. Kobzinek ist inzwischen nach Oesterreich geflüchtet.

Im Zusammenhang mit dem Putschversuch wurden in Brünn am Montag 80 Hausdurchsuchungen vorgenommen; desgleichen wurde in Pardubitz, dem Sitz eines Richters, der zu den Hauptmachern der Faschisten gehört, bei zahlreichen Personen gehausucht. Angeblich ist viel belastendes Material gefunden worden.

Deutsche Soldaten schützen die Demokratie

Prag, 23. Januar.

Dem Urheber des Angriffs auf die Brünnener Kaserne war bekannt, daß in der Kaserne eine Menge Soldaten nichtfaschistischer Nationalität liegen. Etwa die Hälfte der anwesenden 350 Soldaten sind Deutsche, Madjaren und Ukrainer. Die Soldaten verhielten sich sehr tapfer. Die Offiziere nahmen an einem Tanzabend der roten Kreuzes teil, was natürlich dem Reserveoberleutnant Kobzinek bekannt war.

Selbst das Vorstandsmitglied Schickart — auch ein Nazi — hat auf dem letzten Studententag in Königsberg mitgeteilt, daß die Kämpfe zwischen den beiden Gruppen „das Bestehen der Deutschen Studentenschaft fast gefährdet“ hätten. Die Deutsche Studentenschaft bestätigt also unfeindlich mit ihrem „nach wie vor“ unsere Mitteilung. Aber wir können auch mit anderen Beweisen dienen: Vertreter des Stahlheims waren über die Kundgebung der Nationalsozialisten am Hegelplatz und den nachfolgenden Ereignissen in der Universität sehr ungehalten und haben ihre Empörung linken Studenten gegenüber zum Ausdruck gebracht. Wie vereinbart sich das mit dem „guten Verhältnis“ innerhalb der Deutschen Studentenschaft?

Wir sind außerdem in der Lage, von einer neuen Auseinandersetzung zwischen den nationalsozialistischen Verbänden der Öffentlichkeit Kenntnis zu geben. Im vergangenen Frühjahr haben eine Anzahl von Korporationen — nach dem Einzug der Nazis — der Deutschen Studentenschaft den Rücken gekehrt. Um für die kommenden Verhandlungen über das Studentenrecht eine einheitliche nationale Front zu schaffen, wurde zwischen der Deutschen Studentenschaft und den ausgetretenen Verbänden ein gemeinsamer Ausschuss für Studentenrecht gebildet. Nach mehrmonatigen Verhandlungen ist dieser Ausschuss aufgelöst, angeblich über das vorzuschlagende Wahlverfahren. In Wirklichkeit machte sich auch hier der Gegensatz zwischen den Nationalsozialisten und den Korporationen bemerkbar. War es doch ein Nationalsozialist, der dem Dr. K. wegen seiner Änderungsanträge schwere Vorwürfe machte. Man sieht, „das Verhältnis des Nationalsozialistischen Deutschen Studentebundes zu den Korporationen ist nach wie vor ein gutes“. Wenn aber die Herren von der Deutschen Studentenschaft mit diesen neuen Mitteilungen nicht zufrieden sein sollten, dann sind wir gern bereit, noch mit weiterem Material zu dienen.

Mit großer Befriedigung weisen Generalität und Kriegsminister darauf hin, daß sich in der Abwehr des Angriffs besonders ein deutscher Soldat heroisch betätigt habe.

es wird ihm auch eine besondere Auszeichnung zuteil werden. Es war dies der Soldat Rudolf Kubner, auf den die Faschisten zuerst stießen und einen Revolver mit den Ruf: „Hände hoch!“ erhoben. Dieser Soldat zeigte aber keine Furcht, sondern begann seine Kameraden mit dem Ruf: „Zu den Waffen“ zu alarmieren. Ueberhaupt haben sich vor allem die Soldaten deutscher Nationalität während des Angriffs äußerst tapfer und unerschrocken benommen.

Frankfurt rüstet!

Zum würdigen Empfang des Reichsparteitages / Massendemonstrationen erwartet

Mit großem Eifer wird in Frankfurt a. M. zur Zeit der März-Parteitages der Sozialdemokratie, der vom 12. bis zum 18. März 1933 stattfindet, vorbereitet.

Für die auswärtigen Gäste des Parteitages ist besonders die Eröffnungskundgebung am Sonntag, dem 12. März, von Wichtigkeit. Diese Kundgebung wird mit einem Riesendemonstrationszug durch die Straßen Frankfurts eingeleitet. Die Eröffnung selbst erfolgt in der Festhalle, die etwa 20.000 Menschen faßt. Als Auftakt zur Begrüßungsfeier bringen die Arbeiterkämpfer eine zum März-Parteitages gedichtete und komponierte Freiheitskantate zu Gehör. Der Text stammt von Max Barthel, die Musik hat der in der Arbeitermusikwelt bekannte Oskar Gerster geschrieben. Ein Rassenchor von mehreren hundert Sängern und Sängerinnen wird mit einem Blas-

orchester von etwa 50 Mann die Kantate voraufführen.

Es folgen die Reden. Parteivorstandsmitglieder, Vertreter der Sozialistischen Internationale und der ausländischen Bruderparteien werden sprechen. Durch Lautsprecher wird die Veranstaltung in der Festhalle auf die beiden anliegenden Hallen des Festhallengeländes, „Haus der Raden“ und „Haus der Technik“ übertragen. In diesen Räumen, die ebenfalls 20.000 Personen Unterkunft geben, werden noch besonders Führer der Internationale und der deutschen Sozialdemokratie sprechen.

Diesemigen Bezirke der Sozialdemokratischen Partei, die an dem Bezirk Hessen-Kassau angrenzen oder verkehrstechnisch in günstiger Lage zu Frankfurt liegen, werden am Sonntag, dem 12. März, Sonderzüge nach Frankfurt a. M. entsenden. Auch die Bezirke Hessen-Kassel, südlisches Westfalen, Rheinprovinz, Walz, Saargebiet, Baden, Württemberg, Franken und Thüringen werden voraussichtlich mit starken Formationen zur Parteitagsdemonstration am 12. März in Frankfurt a. M. antreten. Wahrscheinlich wird die große Demonstration nachmittags um 2 Uhr beginnen. Die Eröffnungskundgebung wird um 7 Uhr abends ihr Ende finden, so daß alle, die mit Sonderzügen nach Frankfurt kommen, bequem wieder am gleichen Abend ihre Heimat erreichen können.

Der März-Parteitags in Frankfurt wird, das steht heute schon fest, zu einem Ereignis werden.

Prohibition fällt

Bierausschank soll freigegeben werden

Washington, 23. Januar.

Der Rechtsausschuss des Senats hat heute den Gesetzentwurf über freien Bier- und Weinausschank mit einem Alkoholgehalt von nicht mehr als 3,05 Prozent angenommen.

Dieser Beschluß bedeutet, falls er vom Plenum des Senats gutgeheißt wird, praktisch die Aufhebung der Prohibition für Bier, denn der Prozentgehalt von 3,05 wäre sogar recht hoch. Dagegen ist dieser Prozentgehalt bei Wein außerordentlich niedrig und jeder Weinkenner wird nur schauernd den Kopf schütteln über das Getränk, das den Amerikanern künftig als Wein vorgelegt werden soll. Daß jeder Schnaps damit verboten bleibt, versteht sich von selbst, aber es gibt Menschen, die darin keinen Schaden erblicken.

Immerhin die Gangster, die Alkoholschmuggler, dürften in puncto Whisky, Gin und ähnlichem Fudel noch ein recht ansehnliches Tätigkeitsfeld behalten.

Weitgehende Verfassungsänderung in USA.

Washington, 23. Januar.

In den Vereinigten Staaten ist nunmehr eine einschneidende Verfassungsänderung gesichert, die für das politische Leben Amerikas große Bedeutung hat. Der Staat Missouri hat als 36. Staat von den 48 Staaten den „20. Verfassungszusatz“ angenommen, wodurch die erforderliche Dreiviertelmehrheit sichergestellt ist. Dieser Verfassungszusatz, der bereits vom Kongreß angenommen ist, schaltet die sogenannten

„Lahme Enten-Sitzungen“

des amerikanischen Kongresses im Dezember und März nach der Präsidentenwahl aus. (Unter „Lahme Enten-Sitzungen“ versteht man in Amerika die Sitzungen des alten Kongresses, nachdem der neue schon gewählt ist, also was sich gegenwärtig abspielt.) Der neue Verfassungszusatz sieht vor, daß der Kongreß in jedem Jahre am 3. Januar zusammentritt und daß ein neugewählter Präsident nicht, wie bisher im März, sondern bereits am 20. Januar sein Amt antritt. Ferner wird bestimmt, daß, falls ein neugewählter Präsident vor seinem Amtsantritt stirbt, der gleichfalls neugewählte Vizepräsident die Befugnisse des Präsidenten ausübt, bis der Kongreß einen neuen Präsidenten gewählt hat. Da die Verfassungsänderung erst am 15. Oktober 1933 in Kraft tritt, bleibt es bei dem Amtsantritt Roosevelts bei den alten Bestimmungen.

Rumänische Gefängnisse

Insassen verhungern und erfrieren

Im Gefängnis von Turnu Severin sind zwei Gefangene erfroren bzw. verhungert. Die Presse stellt fest, daß die Lebensmittelrationen schon seit Jahr und Tag nicht mehr bezahlt worden sind. Der Direktor und das übrige Personal haben seit Monaten kein Gehalt mehr bekommen, so daß für die Gefangenen nichts getan wurde. Auch Brennholz war nicht mehr vorhanden. Viele Gefangene sind so geschwächt, daß sie sich kaum noch auf den Füßen halten können. Das Justizministerium hat jetzt eine Untersuchung der Mißstände angeordnet.

